

Die "Tribüne" erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 10 Mk. im voraus zahlbar. Als Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Jeder Einzelband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechien, das Baltikum, Rumänien sowie die jüdischen Besatzungsgebiete Polens u. Litauens 20 Mk., für das übrige Ausland 27 Mk., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 25 Mk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 84.

Die achtspaltige Konkreteile oder deren Raum kostet 6.- M. einschließlich Inzerentensteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inzerentensteuer. Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

TRIBÜNE

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Noehner-Roth gehören auf die Anflagebank Zupacken!

Lassen wir die Tatsachen in ihrer brutalen Wahrheit reden: In der Hauptstadt Bayerns, des zweitgrößten Landes der deutschen Republik, sibt ein Polizeidirektor, die Seele der Regierung, von dem jetzt festgestellt ist, daß im Schutze seiner Behörden sich eine Mörderzentrale entwickeln und betätigen konnte. Was der Staatskommissar Dr. Weismann in seinem an den Reichslanzler erstatteten Bericht mitteilt, das haben wir schon oft genug festgestellt, und wenn sich jetzt daraus ein ungeheurer politischer Skandal entwickelt, so tragen auch die Stellen des Reiches daran Schuld, die die von uns oft genug geäußerten Warnungen bisher unbeachtet gelassen haben.

Im Mittelpunkt dieses Skandals stehen der Münchener Polizeidirektor Noehner und der bayerische Justizminister Roth, diese Stützen der nationalistischen Hege und der bayerischen Reaktion. Sie haben mit den Keddriesslich verfolgten Kappisten Ehrhardt, Bauer und Wabst in persönlicher Verbindung gestanden. Statt sie verhaften zu lassen und der Justiz zu überantworten, gewähren sie ihnen bis zum heutigen Tage eine sichere Unterkunft. Diese beiden wollen nichts davon gewußt haben, daß die Kappistenführer in Bayern weilen? Niemand darf über die Grenzen Bayerns, der nicht mit den peinlichsten Ausweisen über seine Person versehen ist. Kein Nichtbayer kann sich auch nur einen Tag lang im Lande aufhalten, ohne von den Beauftragten der Polizei der genauesten Kontrolle unterzogen zu werden. Vor den Grenzpfählen der bayerischen Reaktion muß selbst der Einfluß der Reichsbehörden haltmachen. Den Herren Noehner und Roth und ihren deutschnationalen Protektoren hilft also keine Ausrede. Wenn es feststeht, daß sie die Keddriesslich verfolgten Kapp-Verbrecher begünstigt haben, so sind sie eines schweren Vergehens schuldig, das nach dem Strafgesetzbuch nur mit Zuchthausstrafe geahndet werden kann.

Aber auch unsere wiederholten Darlegungen, daß der Belagerungszustand in Bayern nur zu dem Zwecke aufrecht erhalten wird, um die Rüstungsarbeiten der gegenrevolutionären Elemente, die sich seit dem Kapp-Verfall in Bayern niedergelassen haben, zu verschleiern, sind durch die Ausführungen des Reichslanzlers in der gestrigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses vollinhaltlich bestätigt worden. Es ist wie ein Gespinnst auf Gegenseitigkeit: die Kapp-Verbrecher und ihre Gespielen verbergen sich unter den Fittichen der bayerischen Reaktion, und ihre Rebände dafür äußert sich darin, daß sie ihre Begünstiger dazu aufreizen, der Reichsregierung unter feinen Umständen nachzugeben.

Den deutschnationalen Parteiführern aber scheint selbst dieser politische Skandal noch nicht groß genug. Herr Herzog besaß in der gestrigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses die Unverfrorenheit, zu verlangen, daß der Ausnahmezustand in Bayern nicht nur aufrecht zu erhalten sei, sondern daß in Bayern nicht nur aufrecht zu erhalten sei, sondern daß er auch über Mitteldeutschland und Ostpreußen erneut verhängt werde. Der eigentliche Grund für diese Forderung ist durchnähtig genug. Unter dem Schutze des Belagerungszustandes sollen nicht nur die nationalistischen, antirepublikanischen Ausschüsse und Verschwörerorganisationen ungehindert amüßigen können, es soll auch verhindert werden, daß die Organisation der Verschwörung restlos aufgedeckt wird.

Wenn die deutschnationalen Parteiführer jetzt behaupten, sie hätten mit dieser Organisation der Verschwörung, insbesondere mit der Brigade Ehrhardt, nichts zu tun, so sind das leere Ausflüchte. Es waren deutschnationale Parteidirektoren, die die Umwandlung des Freikorps in Selbstschutzbünde und Arbeitsgemeinschaften gefördert haben. Aus diesen Kreisen wurden den antirepublikanischen Verbänden riesige Geldmittel zugeführt, in ihrer Mitte konnten die Mordbuben und ihre Helfer sich ungehindert verbergen, durch ihre parlamentarischen Vertreter sind die illegalen Organisationen der Rechtsputschisten oft genug vor den Verfolgungen der Behörden geschützt worden, die deutschnationale Presse hat deren Ziele gelannt und ausdrücklich gebilligt.

Der Reichslanzler hat gestern mit erfreulicher Deutlichkeit gesagt, daß das Ziel der Regierung die Beseitigung des Ausnahmezustandes in Bayern sei. Es darf aber nicht bei diesen Worten bleiben, sondern die Regierung muß die entsprechenden Taten sofort folgen lassen. Die "Germania", das führende Organ des Zentrums, hat gestern in einem Leitartikel festgestellt, daß das eigentliche bayerische Volk so schmachlich getäuscht worden sei, wie es in der Geschichte der Parteien bisher noch nicht erhört worden ist. Das Blatt verlangt, daß die Reichsregierung durchgreife und den skandalösen Verhältnissen in Bayern ein Ende mache. Auch die Arbeiterklasse fordert, daß jetzt mit fester Hand zugepackt und keine neue Verzögerung geduldet wird!

Der Staatsstreich vorbereitet Drahtmeldung unseres Korrespondenten. München, 15. September.

Der Brief des Staatskommissars Weismann, der im Untersuchungsausschuss bekanntgegeben wurde, hat bei den rechtsstehenden Kreisen einen niederschmetternden Eindruck hervorgerufen, den man durch Ableugnung der Pressenotizen zu verwischen versucht. Die Vorkaufbereitungen sind bereits weit gediehen, man verzögert von den Rechtsparteien die Regierungsbildung absichtlich, um Zeit zu gewinnen, den geplanten Staatsstreich völlig vorzubereiten. Der Versuch, Kahr im Amte zu behalten, bedeutet, daß man diese Regierung auch weiterhin als Schutzziel für die reaktionären Pläne benutzen will.

Die Münchener Presse leugnet, daß die von uns gestern gemeldeten Waffentransporte aus der Ammerseegegend nach München stattgefunden. Wir müssen trotzdem an der Richtigkeit unserer Meldung festhalten, da sie durch einwandfreie Informationen belegt sind. Unsere Meldungen über München sind schon oft von der bayerischen Presse widersprochen worden und haben stets die Zuverlässigkeit unserer Informationen bestätigt.

Auf der Spur der Mörder Ein Verursachungsmonöber

Der angebliche Leutnant A. Hättler, der sich des Mordes an Erzberger selbst beschuldigt, kommt als Täter bei der Ermordung Erzbergers nicht in Frage. Die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums war bereits vorher auf ihn aufmerksam gemacht worden und hatte sein Lichtbild zur Staatsanwaltschaft nach Offenburg in Baden gesandt. Die Staatsanwaltschaft in Offenburg teilte daraufhin mit, daß Hättler als Täter nicht in Frage komme.

In den nächsten Tagen werden die Bildnisse von Tilleken und Schulz pfakstiert werden, um die Verfolgung der Attentäter zu erleichtern.

Allem Anschein nach haben wir es in der Selbstbeziehung Hättlers mit einem wohlberedelten Vertuschungsmonöber zu tun. Die Angaben, die Hättler bei seiner Vernehmung machte, sowie die Tatsache, daß er den Weg zu Oppermann gefunden hat, lassen mit ziemlicher Sicherheit darauf schließen, daß er den Kreis, der die Mordtat organisiert hat, nicht fernsteht. Der Münchener Mörderzentrale wird die Sache jetzt wohl zu brenzlich und man sucht durch derartige Manöver die bereits gefundenen Fährten zu verwischen und die Behörden zu verwirren.

Stechbriefe im Auslande gegen die Mörder Erzbergers

Wie die "Dona" aus Basel meldet, haben die schweizerischen und italienischen Behörden von den deutschen Gerichtsbehörden dringende Stechbriefe gegen die Mörder Erzbergers erhalten. Im Falle einer Verhaftung der nach der Schweiz oder Italien entkommenen Mörder wird die deutsche Reichsregierung sofort ein Auslieferungsbefehl wegen Mordes stellen.

Ueber die Auffindung der Spur der Mörder Erzbergers erhalten wir noch von Offenburg die Mitteilung, daß es sich bei der Feststellung der Personen um einen glänzend gelungenen Verdachtsbeweis der Offenburger Staatsanwaltschaft handelt. Die in Jechen gerissenen Papiere, die aus dem Mülleimer des Zimmers im Dirsch-Hotel zu Oppenau stammen und aus dem Rauchbad aufgefischt worden sind, haben trotz der Läden eine Entzifferung gefunden. Kriminalpolizei und Postbeamenschaft haben daran ein großes Mitverdienst. Schon beim Eintreffen der Mörder in Ulm haben sie sich dort an einigen Stellen über Erzbergers Aufenthalt erkundigt. Aus einem anderen Fremdenbuch sind ihre Namensunterschriften festgestellt.

Der deutschnationale Verschwörerbund „Organisation D.“

Die "B. Z." am Mittag veröffentlichte gestern eine Privatnachricht aus München, der zufolge es den Bemühungen der badiischen Staatsanwaltschaft gelungen sein soll, Klarheit in die Verschwörung zu bringen, der Erzberger zum Opfer gefallen ist. In Frage kommt einer jener Geheimbünde, die nach dem Kapp-Putsch von deutschnationalen Parteigängern ins Leben gerufen worden sind und die sich insbesondere in Bayern absolut sicher fühlen, dank der Unterstützung, die ihnen durch den deutschnationalen Polizeipräsidenten Noehner und den deutschpöhlischen Justizminister Roth gewährt wurde. Der Verschwörerbund trägt die Bezeichnung „Organisation D.". Die verhassten Offiziere der Brigade Ehrhardt gehören diesem Bund an. Er hatte in München ein eigenes Bureau.

Wir erwarten von der Regierung, daß sie der Öffentlichkeit über die Ziele dieser Organisation klärenden Aufklärung gibt und daß insbesondere durch eine gründliche Untersuchung das Netz der Verschwörung nach allen Seiten aufgedeckt wird. Insbesondere gilt es auch, die Geldgeber zu ermitteln, die die Verschwörerorganisationen so reichlich mit Mitteln versehen haben, daß sie jede Ausgabe bestreiten konnten.

Notwendige Maßnahmen Die Erfassung der Goldwerte muß kommen!

Das Treiben auf der Börse dauert an. Noch immer wird der Dollar auf seinem höchsten Stande von etwa 110 festgehalten. Die Spekulation auf dem Wertpapiermarkt jagt die Kurse immer weiter in die Höhe. Dem muß ein Ende gemacht werden. Es kann diesem Treiben ein Ende gemacht werden, und es ist zu hoffen, daß in nicht allzu langer Zeit dem ganzen Spekulantentum ein sehr gründlicher Dentschüttel verabfolgt werden wird.

Am wichtigsten wird es sein, daß die Grundlagen für die Spekulationen endlich beseitigt werden. Die Bewegung an der Börse wurde dadurch ausgelöst, daß das Deutsche Reich für die Zahlung der ersten Milliarde in Gold gezwungen war, einen Teil der Mittel durch Verkauf von Papiermark ins Ausland, einen anderen Teil durch kurzfristige Kredite, die die Reichsbank aufnahm, aufzubringen, während ein verhältnismäßig nicht allzu großer Teil aus den Beständen an Devisen (das sind Anweisungen auf ausländische Zahlungsmittel) gedeckt werden konnte. Die Börsenspekulation rechnete damit, daß die Fristen, an denen die auswärtigen Kredite zurückgezahlt werden müssen, bald ablaufen. Dann würde das Reich wieder gezwungen sein, Devisen mit Papiermark zu kaufen, die Kurse für sie würden weiter steigen.

Durch diese ganze Spekulation muß ein dicker Strich gezogen werden. Das Reich muß jetzt in die Lage versetzt werden, sich die notwendigen Zahlungsmittel nicht durch Verkauf von Papiermark zu verschaffen, sondern dadurch, daß ihm die Goldwerte aus der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Es darf nicht länger geduldet werden, daß den Besitzern der Produktionsmittel und den Inhabern der wirklichen Werte ungeheure Gewinne zu derselben Zeit zustehen, in der die Not des Reiches immer größer wird und die Lebenslage der minderbemittelten Bevölkerung unerträglich Formen annimmt. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft geht wieder nach auswärts. Aus ihr müssen die Mittel gezogen werden, deren das Reich für seine Verpflichtungen bedarf. Die deutsche Wirtschaft ist stark genug dazu. Der Weg dazu darf nicht länger über den Notenruck und den Verkauf von Papiermark gehen, sondern er führt zur Erfassung der Goldwerte. Das hat endlich auch ein großer Teil der Industrie begriffen. Wie mitgeteilt wird, haben am Mittwoch Besprechungen zwischen dem Reichslanzler und Vertretern der deutschen Industrie und der Bankwelt stattgefunden. Es sei darüber verhandelt worden, wie dem Reiche für die künftigen Reparationsleistungen in ausreichendem Maße Goldwerte beschafft werden können. Die Industriellen und Großbanken hätten sich prinzipiell bereit erklärt, ihre Sachwerte zu belasten, Auslandskredite aufzunehmen und dem Reiche Devisen zur Verfügung zu stellen.

Damit ist zunächst zugegeben, daß der einzige Weg, der zur Sanierung unserer Zustände, zur Verhinderung des weiteren Sinkens der Mark führt, über die Erfassung der Goldwerte geht. Freilich läßt sich aus dieser vorläufigen Mitteilung noch nicht entnehmen, ob die Industrie tatsächlich bereit und willens ist, soweit zu gehen, wie es die kritische Lage erfordert. Es bedeutet jedoch schon einen Fortschritt, daß die Auffassung, die wir hier von Anfang an vertreten haben, daß mit der bisherigen Art der Bewickung kein Ausweg aus der gefährlichen Situation gefunden werden kann, nunmehr zum Durchbruch kommt. Das Reich muß in der Besitz von Goldwerten gelangen. Wie dieser Grundgedanke verwirklicht wird, das wird schon in der nächsten Zeit ernstlich geprüft werden; dann wird aber auch die Entscheidung schon eckel gefällt werden müssen. Denn es kommt alles darauf an, daß das Reich nicht etwa nach den Plänen des Finanzministeriums erst im Jahre 1923 in den Besitz von Goldwerten gelangt, sondern daß ihm diese sofort zur Verfügung gestellt werden und damit dem Treiben des Spekulantentums die Grundlage entzogen wird.

Dem sinnlosen Ruinieren der Mark muß ein Ende gemacht werden. Daran werden sich eine Reihe von Maßnahmen knüpfen müssen, die dem Börsentreiben direkt zu Leibe gehen. Dazu gehören einmal steuerliche Maßnahmen. Die Börsenumsätze müssen in viel stärkerem Umfange mit Abgaben belastet werden. Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitalverkehrssteuer-Gesetzes müssen sehr rasch und unabhängig von der übrigen Finanzreform im Reichstag zur Verabschiedung gelangen. Dann aber bedarf der Devisenverkehr in der gegenwärtigen Zeit einer besonderen Regelung und Beaufsichtigung. Es wird jetzt fast allgemein zugegeben, daß die Aushebung der Devisenzentrale und die völlige Freigabe des Devisenhandels verfrüht und deshalb verfehlt war. Gerade wenn aus der Wirtschaft große und ausreichende Goldwerte dem Reiche zur Verfügung gestellt werden sollen, muß das Reich dafür sorgen, daß nicht die einzelnen Spekulanten durch willkürliche Marktverfleuderung und Devisenhandelsneuerungen Schaden stiften. Deshalb ist eine Regelung des Devisenverkehrs, die nur für die wirklich notwendigen Bedürfnisse der Industrie und des Handels Vorkehrung trifft, die regellose Spekulation aber unterbindet, eine dringend notwendige Maßnahme.

Auf diese Weise wird es gelingen, der Verwüstung des Marktes und des Staatskredits wirksam entgegenzutreten. Ist das geschehen, dann wird die Herstellung des haarscharfen Gleichgewichts im Innern wesentlich erleichtert, weil dann nicht jede Steuer an dem Zeitpunkt, wo sie wirklich zur Erhebung kommt, durch das Sinken der Markts entwertet wird und die inzwischen eingetretene Teuerung der Staatsausgaben weiter vermehrt haben. Es ist kein Zweifel, daß die Wirtschaft imstande ist, die Finanzen zu sanieren, daß sie imstande ist, uns über die nächste kritische Zeit hinwegzuhelfen. Dann muß das dazu Notwendige aber auch sofort geschehen, Zeit ist nicht mehr zu verlieren.

Dem Ausland aber muß gesagt werden, daß es seinerseits diesen Versuch durch ungerechtfertigte Maßnahmen nicht hindern und hemmen darf. Die Beibehaltung der Sanktionen schädigt die deutsche Wirtschaft auf das empfindlichste, verschlechtert unruhig die Zahlungsbilanz und erschwert die Anstrengungen aller derjenigen, die Deutschland in den Stand sehen wollen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Aufhebung der Sanktionen ist nicht nur vom Standpunkt des Rechts, sondern vom Standpunkt der Politik und der Wirtschaft eine äußerst dringende Notwendigkeit.

Ueber die in dem vorstehenden Artikel erwähnten Besprechungen wird durch W. T. B. mitgeteilt:

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers haben in letzter Zeit mehrere Ausprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden. Gegenstand war die ernste finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reichs. Von allen Seiten wurde der gute Wille betont, praktisch und mit besonderen Opfern an dem Problem mitzuwirken, dem Reiche die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen notwendigen Mittel zu beschaffen. Die Verhandlungen sind auf diesem günstigen Boden des Verständnisses und des Entgegenkommens weit fortgeschritten. Um zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen, bedarf es jedoch noch der Fühlungnahme mit weiteren produktiven Ständen des deutschen Wirtschaftslebens. Die Nachrichten, welche über diese Verhandlungen in der Öffentlichkeit verbreitet wurden, sind im wesentlichen Vermutungen und Behauptungen. Die Besprechungen, die zu den wichtigsten politischen Diskussionen gehören, die je eine Regierung zu führen hatte und die deswegen die sorgfältigste Würdigung aller um den Wiederaufbau Deutschlands besorgten Kreise verdienen, werden mit den Vertretern der Banken wie auch mit solchen der Landwirtschaft in rascher Folge weitergeführt werden.

Erst wenn das Ergebnis der Besprechungen im einzelnen vorliegt, wird man feststellen können, ob es sich hier nicht etwa um einen Versuch der kapitalistischen Kreise handelt, der drohenden Erschöpfung der Schwerte zu entgehen. Schon jetzt aber muß gesagt werden, daß unter allen Umständen daran festgehalten werden muß, die bestehenden Klassen bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit für die Deckung der Bedürfnisse des Reichs heranzuziehen. Auf keinen Fall darf die Ersaffung der Schwerte in ein gewinnbringendes Geschäft für ihre Besitzer umgestaltet werden.

Die Sanktionen

W. T. B. meldet:

Nach der letzten Mitteilung des Obersten Rates vom 14. August 1921 war die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen für den 15. September 1921 ins Auge gefaßt, wenn bis zum 31. August die fällige Goldmilliarde bezahlt und wenn die deutsche Regierung ihre Einwilligung zur Schaffung eines interalliierten Organs zur Vermeidung von Diskriminationen bei Erteilung von Aus- und Einfuhrgenehmigungen für das besetzte Gebiet erteilt hätte.

Die deutsche Regierung hat die fällige Zahlung geleistet und ihre grundsätzliche Einwilligung zur Schaffung eines interalliierten Organs zur Verhütung von Diskriminationen in ihrer Note vom 26. August ausgesprochen. Eine Antwort ist ihr bisher darauf nicht erteilt worden. Die schweren wirtschaftlichen Folgen, welche das Wirtschaftsleben nicht nur des besetzten Gebietes, sondern ganz Deutschland durch das Festschlagen der von den Alliierten durch ihre Ankündigung erwarteten Hoffnung erleidet, können nicht der deutschen Regierung zur Last gelegt werden, sondern müssen von den alliierten Regierungen verantwortet werden.

Scharfmacher Stegerwald

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ veröffentlichte am Mittwoch einen von „ganz zuverlässiger Seite“ stammenden Bericht aus Berlin, die preussische Regierung habe durch den Ministerpräsidenten Stegerwald die von der bayerischen Regierung aufgestellten Forderungen auf Aenderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August auf das wärmste unterstützt. Zwischen Bayern und Preußen habe sich in der Frage der Aufhebung des Belagerungszustandes und der Aenderung der Reichsverordnung eine Einheitsfront gebildet.

Die Pressestelle der preussischen Staatsregierung erklärt dazu, daß diese Meldung in dieser Form den Tatsachen nicht entspreche. Es habe lediglich am letzten Dienstag zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten und dem Herrn Reichskanzler eine Besprechung über die bayerische Frage stattgefunden. Dabei habe Stegerwald den Reichskanzler gebeten, die neuen bayerischen Vorschläge zur Grundlage für eine Verständigung zu nehmen. Die Verächtlichkeit der preussischen Staatsregierung bestätigt also im Grunde genommen die von dem bayerischen Scharfmacherblatt veröffentlichte Behauptung. Schon herrscht in der reaktionären Presse Bayerns darüber heller Jubel. Die „Münchener Zeitung“ behauptet, die Krise habe eine neue Wendung genommen, da Preußen an die Seite Bayerns getreten sei.

Bei der politischen Einstellung Stegerwalds erscheint es uns ohne weiteres glaubhaft, daß sich dieser Mann auf die Seite der bayerischen Kappisten geschlagen hat. Wir raten ihm aber dringend, die Hände vom Feuer zu lassen. Herr Stegerwald sollte als preussischer Ministerpräsident lieber dafür sorgen, daß in seinem eigenen Bereich die Gesetze der Republik beachtet werden. Warum bemüht er sich nicht einmal im Interesse der von ihm erstrebten Ruhe und Ordnung um die Zustände innerhalb der Sicherheitspolizei? Welche Maßnahmen hat er bisher ergriffen, um die Putschabsichten des schiefen Selbstschutzes unmöglich zu machen? Herr Minister Dominicus ist in dieser Beziehung so nachlässig, daß er noch nicht einmal darauf gedrungen hat, die Unterjochung gegen die Hundertschaft zur besonderen Verwendung mit Beschleunigung durchzuführen.

Wenn Herr Stegerwald in dieser Beziehung etwas nachhelfen würde, könnte er sich um die öffentliche Sicherheit sehr verdient machen. Statt dessen leistet er der Reaktion Vorkampfdienste und unterstützt die Kehrliche in ihrem Kampf gegen die Republik.

Helfershelfer der Reaktion

Ein demokratischer Hülfseruf gegen einen rechtssozialistischen Reaktionsär

Der demokratische Abgeordnete Niesel hat leghin im „Berliner Tageblatt“ auf das Treiben der Reaktionsäre in Regierungsbezirk Frankfurt a. O. hingewiesen und dabei eine Reihe geradezu haarsträubender Einzelheiten ans Tageslicht gezogen. Nunmehr hat er wegen dieser Vorgänge im preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht. Die Anfrage hebt hervor, daß sich der Regierungsbezirk Frankfurt a. O. trotz der Zugehörigkeit des Regierungspräsidenten zur S.P.D., immer mehr zur Hochburg der verfassungswidrigen Reaktion auswähle. Der Regierungspräsident sei offenbar viel zu gutmütig, um dem verfassungswidrigen Verhalten vieler ihm unterstellten Verwaltungsorgane den notwendigen Widerstand entgegenzusetzen. Die Wirkung dieses Zustandes sei unheilvoll im vaterländischen Sinne. Von den Schul- und Justizbehörden des Bezirks würden alle Personen, die als treue Republikaner oder Demokraten bekannt sind, systematisch zurückgesetzt. Organe der inneren Verwaltung fördern willentlich die auf gewaltsamen Umsturz hinstrebenden Bestrebungen der Reaktion.

Abgeordneter Niesel hebt dann die reaktionären Treibereien hervor, die besonders in den Kreisen Arnswalde und Königsbereg (Neumark) zutage treten. Der leitende kommissarische Landrat des Kreises Königsbereg, Baurat Fiehn, ein Mann von unadeligem Charakter, sei von der verfassungswidrigen Opposition, unter Führung des Kreisdelegierten von der Osten, mit der niedrigsten Waffen persönlicher Verleumdung in des Wortes wahrster Bedeutung nur um seiner Verfassungstreue willen hinweggefegt worden. Der Regierungspräsident habe ihm dabei jeden Schutz versagt. Als Landrat Fiehn seinen Sommerurlaub antrat und die Vertretung rechtmäßig dem Kreisdeputierten Securinus, dem ersten Bürgermeister von Cüstrin, einem Demokraten übertrug, hat der Frankfurter Regierungspräsident diesem Verwaltungsbeamten die Vertretung abgenommen und sie eigenmächtig und ohne jeden Grund dem Rittergutsbesitzer von der Osten, dem Führer der verfassungswidrigen Opposition, übertragen.

Der Abgeordnete Niesel fragt im Anschluß daran die Staatsregierung, ob ihr bekannt sei, daß unter der Führung des Herrn von der Osten in der Neumark allsonntäglich Fahnenweihen und Gertestfeiern stattfinden, die lediglich der Organisation verfassungswidriger Elemente dienen. Weiter wirft er die Frage auf, ob es dem Staatsministerium bekannt ist, daß die zuständige Justizbehörde ein Strafverfahren, das gegen die Verleumder des Landrats Fiehn angestrengt worden ist, monatelang über Gebühr verschleppt habe. Auch Waffenschiedungen seien mit Hilfe der Behörde vorgenommen worden. Schließlich fragt der Abgeordnete Niesel, ob es dem Staatsministerium bekannt sei, daß die Regierung in Frankfurt dem demokratischen Landrat Fiehn wiederholt geraten habe, er solle doch den Kampf gegen die verfassungswidrige Reaktion nicht seine besten Mannesjahre opfern. Das Staatsministerium wird um Auskunft erucht, ob es derartige, die Verfassung verhöhrenden Erklärungen einer Regierungsbehörde billige.

Die Anfrage des demokratischen Abgeordneten Niesel muß wie blutiger Hohn wirken. In Frankfurt a. O. sitzt ein Regierungspräsident, der Bartels heißt und sich als Sozialdemokrat bezeichnen läßt. Unter der Herrschaft dieses angeblichen Sozialdemokraten fühlen sich die Reaktionsäre so wohl, daß bürgerliche Demokraten den Schutz der rechtsstehenden preussischen Regierung anrufen müssen, da ihnen von diesem Regierungspräsidenten Schwierigkeiten bei ihrer Propaganda für die Verfassung der Republik gemacht werden. Einen ungeeigneteren Mann, als diesen Bartels, der als Konzeptionschulze bekannt ist, konnten die Rechtssozialisten für den Posten eines Regierungspräsidenten allerdings kaum noch präsentieren.

Der amtliche Propagandaanflug

Das Organ des preussischen Ministerpräsidenten, „Der Deutsche“, bringt folgendes Inserat:

Für vaterländische amtliche Propaganda Offiziere a. D. und Madamer dringend gesucht. Keine vorübergehende Tätigkeit, evtl. Lebensstellung. Hohe Verdienstmöglichkeiten. Eintritt sofort erwünscht. Angebote unter A. D. 15 an die Zeitung „Der Deutsche“, Berlin W. 35, Potsdamer Str. 45.

Dieses Inserat ist in zweifacher Hinsicht interessant. Einmal, weil für die amtliche vaterländische Propaganda besonderer Wert auf Offiziere gesetzt wird und zweitens, weil es „hohe Verdienstmöglichkeiten“ zusichert. Der Lohnabzug des Arbeiters wird also dazu verwendet, eine reaktionäre Propaganda zu unterstützen, denn für republikanische Propaganda wären doch die Offiziere die ungeeigneten Ausfüller. Das Erscheinen dieses Inserats in dem Stegerwaldschen Blatt deutet weiter darauf hin, daß die mit der Organisation dieser amtlichen Propaganda betraute Stelle dem preussischen Ministerpräsidenten selbst nahesteht.

Offiziere

Beleidigungsklage gegen Ignaz Wrobel

Unter der Anklage der Beleidigung des Offizierskorps stand gestern der Schriftsteller Dr. Kurt Tucholski vor der Herrenkammer des Landgerichts I. Verhandlungsgegenstand war ein von dem Angeklagten unter dem Schriftstellernamen Ignaz Wrobel in der „Freiheit“ vom 20. August 1920 veröffentlichter Artikel „Offiziere“. Dieser charakterisierte die Fähigkeiten und Leistungen der ins Zivilleben sich hineintretenden kaiserlichen Offiziere und kam zu dem Schluß:

Das deutsche Offizierskorps hat im Kriege keine Pflicht nicht erfüllt. Das deutsche Offizierskorps legt sich aus kulturfeindlichen Schädlingen zusammen, die um ihres Postens willen bereit sind, jede Desperadopolitik mitzumachen. Der Geist des deutschen Offizierskorps tangt nichts. Ein klandig wachsender Teil der Nation lehnt diesen Ungeiß und seine Träger ab. Wir brauchen sie nicht mehr.

Genosse Dr. Oskar Cohn, der neben dem Rechtsanwalt Nüssel die Verteidigung innehatte, verlangte eine Auskunft darüber, wer eigentlich im Namen des Reichswehrministers Strafantrag gestellt habe. Es bestünde die Möglichkeit, daß dies von einer untergeordneten Stelle ohne Zustimmung des politischen verantwortlichen Reichswehrministers geschehen sei. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Strafantrag auf einem Briefbogen des Reichswehrministeriums eingereicht und von einem gewissen v. Feldmann a. B. unterzeichnet sei.

Genosse Dr. Cohn wies darauf hin, daß es notwendig sei, festzustellen, ob dieser Herr Feldmann überhaupt befugt war, Strafantrag zu stellen. Die Stellung eines Strafantrages sei in dem vorliegenden Falle eine politische Handlung und nicht eine Frage der Befehlsgewalt.

Obwohl der Angeklagte den Eintritt in die Verhandlung verweigerte, beschloß das Gericht die Verurteilung, da er sich gestellt werden müsse, ob der Herr v. Feldmann befugt gewesen sei, Strafantrag zu stellen. Sollte dies nicht zutreffen, dann müsse das Verfahren eingestellt werden.

Wir bedauern mit Herrn Dr. Tucholski die Verurteilung des Prozesses. Gerade jetzt wäre die beste Zeit, die Desperadopolitik des Offizierskorps nachzuweisen.

Zurückgewiesene Behauptungen

In der „Roten Fahne“ vom 14. September wird Beschwerde geführt über die Behandlung russischer Handelschiffe in Swinemünde. Der Beschwerde gegenüber wird von zuständiger Stelle betont, daß die russischen Handelschiffe in deutschen Häfen die selbe Behandlung erfahren, wie sie deutschen Handelschiffen in Petersburg zuteil wird.

Gegenüber der Behauptung kommunistischer Blätter, die Vertretung der Rostocker Regierung in Deutschland erkreue sich des Wohlwollens der deutschen Regierung, wird, wie die W. T. B. hören, von zuständiger Stelle versichert, daß eine Vertretung der Rostocker Regierung dem Auswärtigen Amt unbekannt ist.

Erhöhung des Zeitungsabonnements

Die allgemeine Teuerung, die sich augenblicklich wieder auf aufreizender Kurse bewegt, ist auch nicht spurlos an dem Zeitungs-gewerbe vorübergegangen. Die Bereinigung großstädtischer Zeitungsverleger z. B. sieht sich gezwungen, vom 1. Oktober 1921 ab ihren Mitgliedern eine Erhöhung der Abonnementspreise zu empfehlen. Die Berliner Blätter sowie die „Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland“, die „Breslauer Zeitung“, das „Karlsruher Tageblatt“, die „Magdeburger Tageszeitung“, die „Niederrheinische Zeitung“, die „Nürnberger Zeitung“ und „Hamburger Nachrichten“ werden infolgedessen ab 1. Oktober ihre Abonnementspreise erhöhen.

Die Arbeiter des Saargebiets zur Lage im Reich

Saarbrücken, 15. September

In einer öffentlichen Volksversammlung im städtischen Saalbau sprach gestern vor etwa 5000 Zuhörern aller Bevölkerungsschichten der frühere Abgeordnete der Nationalversammlung Schäfer, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die am 14. September im Saalbau von Saarbrücken von Tausenden besuchte Volksversammlung verurteilt aufs schärfste die neuen Versuche der Rechtsparteien, in Deutschland wieder zur Herrschaft zu kommen. Der Schutz der deutschen Republik ist die Voraussetzung dafür, daß Deutschland zu einem wahren sozialen Volkstaat ausgebaut werden kann.

Bezüglich des Saargebietes befragt die Entschließung: Die Verammlung ist der Auffassung, daß das Saargebiet einer Katastrophe entgegensteht, wenn nicht an Stelle des heutigen Dualismus in der Währung ein anderer den Weg sicherer Zukunft eintritt. Alle Verhältnisse drängen gebieterisch zur Schaffung des schon so oft geforderten Saarparlaments. Die Verammlung verwahrt sich gegen die von dem Regierungskommissar angewandte autoritäre Regierungsmethode und weist die Aufhebung des Regierungskommissars zurück, als ob die Vorgänge in Deutschland die Saarbevölkerung nichts angingen.

Der Streik in Nordfrankreich

EE. Paris, 15. September

Der sozialistische Abgeordnete Delaf und der Generalsekretär der Gewerkschaften, Jouhaux, verließen heute morgen Paris, um nach Paris zu reisen. Heute nachmittag wurden sie von Bland und dem Arbeitsminister Daniel Vincent empfangen, denen gegenüber sie ihre Forderung, einen Schiedsspruch für die streikenden Nordfrankreicher herbeizuführen, darlegten.

Scharfe Maßnahmen gegen Ungarn

C.B. London, 15. September

„Daily Telegraph“ meldet, daß man in britischen Regierungskreisen für eine energische Haltung Ungarn gegenüber eintritt. Der britische Botschafter in Paris, Lord Hardinge, habe Auftrag erhalten, auf frühtige Maßnahmen zu dringen, damit Ungarn zur Vernunft gebracht werde.

Wie die Heijasbanden haufen

Nach einer amtlichen Meldung aus Wien wird bekannt, daß ein in dem Gefecht bei Kirchschlag gefangener gezwungener Wehrmann von den Ungarn erschossen, ein zweiter, der einen Kopfschuß davongetragen hatte, gehängt wurde.

Internationaler Kongress

der Kriegsverstümmelten

EE. Genf, 15. September

Der internationale Kongress der Kriegsverstümmelten verließ einmütig der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Kriegsverstümmelten aller Länder eine Aktion zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen unternehmen müssen. Namens des Nationalen Verbandes der Kriegsverstümmelten Deutschlands erstattete Schumann Bericht über die Lage in seinem Lande. Er führte aus, daß der Verband geschlossen hinter den Grundgedanken der neuen republikanischen Verfassung stehe und die deutsche Regierung in ihrer Pflicht, die Reparationen durchzuführen, mit aller Kraft unterstütze. Der französische Delegierte Cassin nahm von der Erklärung Schumanns Kenntnis und hofft, daß auf dieser Grundlage eine Zusammenarbeit in allen Ländern zugunsten der verstümmelten Arbeiter möglich sein werde. Es wurden verschiedene Resolutionen einmütig angenommen, darunter eine, die die Gewerkschaften an das internationale Arbeitsamt, Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen der Verstümmelten zu beginnen, eine internationale Kommission einzusetzen und ein Statut über die Arbeitsbedingungen für Invaliden aufstellen zu lassen.

Todesstrafe für unerlaubte Lebensmittelausfuhr — in Polen, Großrussische Zeitungen bringen eine Verfügung des Ministerates zur Bekämpfung der Lebensmittelausfuhr aus der ehemals preussischen Provinz Polen. Danach begehrt derjenige ein Verbrechen, der Gegenstände des täglichen Bedarfs, und zwar Lebensmittel im Werte von über 1000 Mark, heimlich, ohne Genehmigung seitens der Behörde und zu Gewinnzwecken in das Ausland versendet, und wird dafür mit 1 bis 15 Jahren Zuchthaus und mit einer Geldstrafe bis zu 2 Millionen Mark bestraft. Wenn der Täter die öffentlichen Interessen besonders schädigt oder zu schädigen beabsichtigt, so wird er mit lebenslänglichem Zuchthaus und mit einer Geldbuße bis zu 2 Millionen Mark oder mit dem Tode bestraft. Auf solche Strafen brauchen deutsche Schieber nicht zu rechnen. Ihnen geschieht ja in der Regel überhaupt nichts.

Auch ein internationales Verbot. „Daily Herald“ meldet den Ausschluß von Silvia Panhurst aus der kommunistischen Partei. — Silvia Panhurst gehörte zu den begehrtesten Lobrednern der Sowjetmacht und beteiligte sich lebhaft an der Gründung der Britischen Kommunistischen Partei, aus der sie jetzt herausgeworfen ist. Der Ausschluß ist bis jetzt das heftigste Verbot der kommunistischen Internationalen.

Der politische Skandal in Bayern

Ueberwachungsausschuss

Wie wir in unserer gestrigen Abendausgabe bereits mitteilten, hat der Reichskanzler einen Bericht wiedergegeben, der ihm vom Staatskommissar Dr. Weismann übermittelt worden war. Der Bericht, der vom 14. September datiert ist, hat folgenden Wortlaut:

Seit dem Verschwinden der als Leiter bei dem Kapp-Putsch beteiligt gewesenem Führer haben fortgesetzt umfangreiche Ermittlungen nach deren Aufenthaltsort stattgefunden. Seitens des Herrn Oberreichsanwalts sind in dem dort anhängigen Hochverratsverfahren gegen den Oberst Bauer, Major Vapf und Korvettenkapitän Ehrhardt Haftbefehle und Steckbriefe erlassen worden. Alle Bemühungen, der Verfolgung habhaft zu werden, sind indessen gescheitert. Bereits vor längerer Zeit, etwa im Spätsommer 1920, wurde mir vertraulich mitgeteilt, daß sich die genannten Kapp-Putschführer zum Teil in Bayern aufhalten, in München und Umgebung vielfach aufzutreten seien und sogar geheime Zusammenkünfte abgehalten haben sollen. Bei der Bedeutung dieser Mitteilung, die ich ihr insbesondere auch in Rücksicht auf ihre Zuverlässigkeit beilegen mußte, und in Erkenntnis der bereits damals bestehenden Schwierigkeiten eines offiziellen Verkehrs mit den zuständigen bayerischen Behörden, habe ich zwei mit unterstellte Kriminalbeamten in die Nähe Münchens verschickt, um die Möglichkeit dieser Mitteilung nachzuprüfen. Diese Beamten sind nach einigen Tagen zurückgekehrt, ohne ihren Auftrag vollständig ausführen zu können. Sie haben mir berichtet, daß sich die gesuchten Personen in der Nähe Münchens verhalten ausfallen sollten, wo sie von Männern ihrer Gefolgschaft, zum Teil sogar von aktiven bayerischen Polizeimännern durch scharfe Bewachung geschützt werden. Es sei so gut wie unmöglich, sich in ihren Schlafmühen einzufinden, weil jeder, der sich näherte, mit Feuer empfangen würde.

Ich habe alsdann erneut versucht, auf vertraulichem Wege Näheres zu erfahren. Darauf ist mir vor längerer Zeit wiederholt zuverlässig mitgeteilt worden, daß nach wie vor Kapitän Ehrhardt und auch die genannten anderen Kapp-Putschführer sich in der Umgebung Münchens aufhalten. Kapitän Ehrhardt geht nach diesen mit mir aller Bestimmtheit gemachten Mitteilungen im Polizeipräsidium ein und aus,

begleitet von im Verkehr mit dem vor einigen Tagen zurückgetretenen Justizminister Hoff.

In seiner Antwort auf den deutschnationalen Parteiführer Hergt führte der Reichskanzler noch aus:

Die Reichsregierung habe vielleicht schon zu lange der Anreizung zur Gewalt zugegeben. Nach der Ermordung Erzbergers hätte sie zeigen müssen, daß sie willens sei, die Republik zu schützen! Zur Rechten gerichtet, fragt er: „Wollen Sie etwa, daß die Elemente der Linken selbständig die Republik schützen?“ Sein Ziel sei der Aufbau einer friedlichen Demokratie.

Der bayerische Gesandte von Preger warnt nochmals vor der Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes. Das könne unabsehbare politische Folgen haben. Lieber solle man das Wort des Reichstages abwarten. Auf der Stelle erwidert ihm der Reichskanzler, daß er sich nicht erst vor das Wort des Reichstages stellen müsse. Die Regierung habe die Führung und wolle selbst für die Aufhebung des Ausnahmezustandes sorgen.

Hg. Otto Braun (Soz.): Es ist jetzt festgestellt, daß in München tatsächlich eine deutschnationaler Mörderzentrale existiert, die die meuchelmörderische Beseitigung der Führer der Republik zur Aufgabe gemacht hat. Daß die Reichsregierung ihr Material den bayerischen Behörden nicht mitgeteilt hat, ist durchaus verständlich im Hinblick auf das an Begünstigung grenzende Verhalten einzelner bayerischer Behörden. Der Umstand, daß die Mörder Erzbergers entweichen konnten, läßt die Vermutung aufkommen, daß ihnen aus einer Dienststelle der Bind von ihrer Ermittlung rechtzeitig genug zugemeldet ist. Die deutschnationalen können diese Landesnachrichtensformationen ebenso wenig abschließen, wie die Kappverbreiter, mit denen sie so lange, wenn auch politisch, gemeinsame Sache machten, bis deren Aktion schief ging. Wer jetzt denn die Millionen an Kosten für diese Formationen, die sich als Mörderzentrale etabliert haben? Die bayerische Regierung tut gut, aus eigener Entschlossenheit den Ausnahmezustand aufzuheben, bevor sie durch ein Verlangen des Reichspräsidenten oder durch einen Beschluß des Reichstages dazu gezwungen wird.

Reichskanzler Dr. Wirth: Nach einer Auskunft des bayerischen Justizministeriums haben die bayerischen Kriminalkommissare ohne jede Schwierigkeit mit den bayerischen Volkspolizisten in der Nordische Erzberger arbeiten können, alle anderen Nachrichten in der Presse sind hinfällig.

Ein Ausschuss der Klärung in den bayerischen Verhältnissen kann die Lage unendlich verbessern. Es wäre besser gewesen, wenn die bayerische Regierung zum mindesten ihren Gesandten von Preger beauftragt hätte, die offiziellen Besprechungen in Berlin weiter fortzuführen. Daß der Ausnahmezustand in Bayern noch auf weite Zeit hinaus erstreckt werden soll, ist für die Reichsregierung unerträglich. Es ist unmöglich, die bayerischen Forderungen in ihrem ganzen Umfange und ohne weiteres anzunehmen. Ziel und Richtung der Politik des Reichstages ist die Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes. Gewiß gibt es einige Punkte, über die man sich sehr leicht miteinander verständigen könne.

Wichtige Beseitigung des Belagerungszustandes in Bayern ist das unumgängliche Ziel der Reichsregierung.

Hergt ist der Meinung, das Hirn des einfachen Mannes ist durch die Verordnung verwirrt worden und zu Gewalttätigkeiten aufgehetzt worden. Ich verziehe im Augenblick darauf, auf diese Behauptung unter Anführung eines riesigen Materials zu antworten, das zeigt, auf welcher Seite die heftigste Tätigkeit liegt. Daß aber die Verordnung des Reichspräsidenten unmöglich im Gewalttätigen aufgehen kann, beweist der ruhige Verlauf der bayerischen Revolution nach der Ermordung Erzbergers erfolgten Demonstrationen. Die Verordnung schaltet keineswegs die Exekutivfunktionen der Länder aus. Wo je in einem Lande ist der Opposition, die mit solchen verwerflichen Mitteln der Behöhnung und Berührung arbeitet, derartige Freiheit gewährt worden, wie in Deutschland? Zwei Jahre hat die Reichsregierung diesen geradezu bayerischen Aufforderungen zu Gewalt und Mord untätig zugehört, und das ist vielleicht der einzige Vorwurf, den man der Reichsregierung machen kann. Nun aber muß endlich diesen Vergehungen ein Damm gezogen werden.

Nicht die freie Meinungsäußerung soll unterdrückt, nicht die öffentliche politische Ansicht mundtot gemacht, sondern die Aufhebung zu Mord und Gewalttat verboten werden. Auch die Verantwortung für das Verbot zum Tragen der Uniform übernehme ich. Die Uniform des ehemaligen deutschen Soldaten ist zu nehmen. Als daß sie zu Parteizwecken mißbraucht würde.

Der bayerische Vertreter bleibt dabei, daß nach der bayerischen Verfassung ein Geschäftministerium, wie das jetzt in Bayern amtierende, politische Handlungen nicht ausführen dürfe. Von der Verteidigung des Geschichtsbüchens durch die bayerischen Behörden geht er über zu einem Angriff auf die bayerischen, deren Pflicht es gewesen wäre, Erzberger, um dessen Befreiung sie wissen mußten, besser zu schützen. Bayern sei frei von jeder Schuld.

Dittmann verpflückt diese Ausschüfte und fragt, was denn Wirth und Hoff für die Auffindung der Mörder von Erzberger getan hätten. Schon damals führten Spuren in die Kreise deutschnationaler Studenten, aber der bayerischen Justizbehörde habe in Wirklichkeit an der Ermittlung der Täter damals ebenso wenig gelegen wie jetzt in dem Falle Erzberger. Ohne Eingreifen der bayerischen Justizbehörde wäre bis zur Stunde überhaupt noch keine Aufklärung geschaffen worden. Herr Hergt und seine Freunde, die sich so sehr über die Verbote einiger nationalsozialistischer Heftblätter aufregten, fragte Dittmann, wie sie sich denn zu dem Verbot des Blattes der U.S.P. in München verhielten. Darüber ließen sie nichts verlauten. Während des Krieges waren die Deutschnationalen die Ruhmstrolche des Belagerungszustandes, der uns und unsere Presse mundtot machte. Sie haben wahrlich kein Recht, sich zu beschweren über ein „politisches System“, das

bis jetzt nur gegen die Linke angewendet wurde. Was Herr Hergt verlangt, Entscheidung durch das bayerische oberste Landesgericht, kann mit dem gleichen Recht jeder Freistaat verlangen. Damit wären dann die Reichsbehörden überhaupt ausgeschaltet.

Die politische Situation stelle sich in Wirklichkeit jetzt so dar, daß die früher im Süden herrschende freibürgerliche Auffassung in Berlin, die preussische Reaktion aber in München ihren Sitz habe. Jede weitere Verschleppung trage nur zur Erhöhung der Spannung zwischen Bayern und dem Reich bei.

Auch Dr. Spahn (Zenit.) kann die Auffassung des bayerischen Vertreters nicht teilen. Nach seiner Meinung handelt es sich nicht um neue, sondern um Fortführung begonnener Verhandlungen zwischen bayerischer und Reichsregierung wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes. Er bestritt, daß die Verordnung vom 29. August verfassungswidrig sei. Bayern dürfe zuletzt Widerspruch dagegen erheben, denn der Ausnahmezustand in Bayern, der längst den Charakter als „Ausnahme“ verloren habe, gehe viel weiter als die Reichsverordnung und sei ständig geworden. Bedenklich sei die Feststellung des Staatskommissars, wonach Verhaftungen in Bayern nicht vorgenommen werden könnten, obwohl der bayerischen Justizbehörde der Aufenthalt der Gesuchten, Ehrhardt, Bauer, Vapf usw. offenbar bekannt gewesen sei. Spahn verlangt ganz energisch rasche Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes.

Gegen den Abg. Brünninghaus (D. V.), der in hohen Tönen das Recht auf nationale Feiern beansprucht und die Gelegenheit benutzte, gegen die sozialistische Regierung in Sachen klar zu machen, verliest der Reichskanzler einige Heftproben aus der Festrede des bayerischen Heerführers Kraft von Delmeninger bei einer Sedanfeier. Er rät den Herren von rechts, mit Feiern nicht etwas zurückzuhalten, wenn es ihnen mit dem inneren Frieden ernst sei, denn sie dienten hierzu genug ausschließlich zur Hebung gegen „die famose Weimarer Verfassung“ oder die „Judenregierung in Berlin“ usw. Von den Beschimpfungen und Bedrohungen seiner eigenen Person wolle er gar nicht erst reden.

Nachdem der sozialistische Regierungvertreter die durch nichts bewiesenen Behauptungen des Abg. Brünninghaus über die „unerhörten Zustände in Sachsen“ zurückgewiesen hat, vertagt sich der Ausschuss.

Stadtverordnetenversammlung

Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird folgender Antrag der Stadt. Dr. Caspari und Genossen als dringlich anerkannt: Das Wohnungsamt weist Personen, die bestimmte größere Gebühre betragen, Wohnungen außer der Reihe nach. Aus rechtlichen und sozialen Gründen und im Interesse der Reinlichkeit der Verwaltung wird der Magistrat ersucht, ihm schriftlich dafür zu sorgen, daß diesem Verfahren ein Ende gemacht und über diese vom Wohnungsamt eingenommen und ausgegebenen Gelder der Stadtverwaltung Rechnung gelegt werde.

Der Antragsteller begründet den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß schon seit langer Zeit Gerüchte durch die Bürgerchaft gehen, wonach im Wohnungsamt manche Unregelmäßigkeiten vorkommen. Das Wohnungsamt selbst nimmt Schmiergeld und weist dann den Geldgebern Wohnungen zu. Das Geld soll zur Beschaffung von Wohngelegenheiten Verwendung finden. Ein solches Verfahren verstoße gegen das Anstandsgefühl und gegen die guten Sitten. Leute mit Geld erhalten sofort Wohnungen, während andere Leute monatelang sich bemühen, ohne eine Wohnung zu erhalten.

Nach kurzen Bemerkungen der Stadt. Dör (Komm.) und Zimmermann (U.S.P.), bemerkt ein Magistratskommissar, daß es sich um Wohnungsangelegenheiten handelt, die dafür gesagt werden, daß unter gewissen Umständen Leute von der Zwangsquote befreit werden können. Die Gelder werden dazu verwendet, um anderweitig Wohnungen zu schaffen. Der Zentralausschuss für das Wohnungswesen beschäftigt, für diese Aufwendungen ein bestimmtes System zu schaffen.

Der Antrag Dr. Caspari wird einem Ausschuss überwiesen.

Ueber die Magistratsvorlagen betr.

die Gleichstellung der Wit- und der Neuverheirateten und über die Aufbesserung der Altpensionen und Witwenrenten, benennend die bayerische Stadt. Kirchner (Dn.). Nach längerer Erörterung, an der sich Redner aller Fraktionen beteiligen, werden die Beschüsse des Ausschusses angenommen.

Die Vorlage des Magistrats betr. die Erhöhung der Aus- und Verpflegungskosten in den kranken Krankenhäusern

zeitigt mehrere Anträge aus der Mitte der Versammlung und erregt eine lang. Debatte. Nach einem Antrage Dr. West und Genossen (U.S.P.), soll

1. die Aufnahme in ein Krankenhaus nicht von der Zahlung eines Vorschusses abhängig gemacht werden.
2. Kranke, die nicht Mitglieder einer Krankenkasse sind und deren Einkommen höchstens 20 000 M. im Jahr beträgt, sollen für den Tag die Hälfte der Sätze zahlen.
3. Die Neuregelung soll frühestens mit dem 1. Oktober in Kraft treten und nur als Provisorium bis 31. 12. 21 gelten.
4. Die Vorarbeiten für die Reform des Krankenhauswesens müssen die soziale Staffellung der Gebühren berücksichtigen.

Der Antrag anderer Fraktion wurde vom Genossen Thurm begründet. U. a. führte er aus:

Trotz des Stadtvorstandesbeschlusses vom 20. Juni d. J., der die damalige Erhöhung nur als Provisorium bis 1. Oktober gelten ließ und dann die Vorlage einer neuen Regelung unter Berücksichtigung der sozialen Staffellung forderte, hat der Magistrat nichts unternommen, sondern lediglich eine neue Erhöhung eingeleitet. Dabei hat man es so eilig gehabt, nicht einmal der Gesundheitsdeputation die Vorlage zu unterbreiten. Erst auf energisches Protest hin ist dies geschehen. Als fernzeit von der größten Fraktion gestellten Anträge hat der Magistrat bei der heutigen Vorlage in keiner Weise berücksichtigt. Es ist keine Rede

davon, daß die Beschwerden über mangelnde Bekämpfung in die einzelnen Krankenhäuser zu wahren Hungerluren ausarten, abgestellt worden sind. Der Ernst der allgemeinen Finanzlage kann uns nicht die Pflicht auferlegen, einer erneuten Erhöhung der Verpflegungssätze zuzustimmen, während auf der anderen Seite der Oberpräsident jede beschlossene Einnahme, die nur ein wenig die Befragenden trifft, nicht genehmigt (Hanshaltssteuer). Die freie Zeitschrift (2800) ist nicht lediglich auf den „guten“ Gesundheitszustand zurückzuführen. Schuld daran sind vielmehr die für viele unerträglichen Kurkosten. Außerdem sind leider einige Kosten schon dazu übergegangen, nur noch einen Anteil des Grundlohnes zu zahlen, anstatt der Begleichung der vollen Kosten, so daß die in Frage kommenden Kranken in Klasse 9 z. B. 18 M. pro Tag bezahlen müssen. Auch die finanzielle Schätzung der durch die Erhöhung zu erwartenden Einnahmen sei durchaus abwegig. Vielmehr wird der Anteil der Armenverwaltung, der jetzt schon 40 Prozent beträgt, noch bedeutend steigen. Die vom Magistrat behauptete Zustimmung des Kassenerverbandes zur Erhöhung ist ebenfalls noch nicht erfolgt, sondern lediglich die private Zusicherung zweier Herren. Wir möchten unsere Zustimmung abhängig von der Annahme der von uns gestellten Anträge, beantragen jedoch Ausschussberatung, da wir gegen einzelne Positionen der Magistratsvorlage die schwersten Bedenken haben.

Nach langer Debatte, an welcher sich die Stadt. Kirchner (Dn.), Dittmer (Soz.), Hintorf (Komm.) und Streiter (D. V.) beteiligen, wird ein Antrag auf Ausschussberatung abgelehnt. Der sofortigen zweiten Beratung wird widersprochen, so daß diese erst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wird.

Der Magistrat beantragt in einer Vorlage den Abschluß eines Tarifvertrages für die in den Forstbetrieben der Stadtgemeinde Berlin beschäftigten Arbeiter.

Nachdem Stadt. Dr. Caspari (Soz.) Bedenken gegen die Vorlage geäußert, beantragt Stadt. Dör (Komm.): den Magistrat zu ersuchen, die Arbeiter und Arbeiterinnen der Forstbetriebe nach den Sätzen des Tarifs für die hiesigen Forstbetriebe zu beschäftigen und nach dem geltenden Lohnsatz zu bezahlen. Falls dieser Antrag abgelehnt werden sollte, beantragt Stadt. Dör: Die auf Grund des Tarifs für die hiesigen Forstbetriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten ab 1. September folgende Zulagen: männliche Arbeiter 1 M. pro Stunde, jugendliche, weibliche und minder erwerbsfähige Arbeiter 0,80 M. pro Stunde.

Ein Antrag, diese beiden Anträge einem Ausschuss zu überweisen, wird angenommen. Im übrigen gelangt die Magistratsvorlage, deren Annahme vom Stadtrat höchst empfohlen wird, zur Annahme.

Es folgt eine Vorlage des Magistrats betr. die Bewilligung von Lohnermäßigungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Stadtgemeinde.

Die Vorlage geht mit den dazu gestellten Anträgen, die auf Erhöhung der vom Magistrat vorgeschlagenen Sätze hinzielen, an einen Ausschuss.

Von den Stadt. Dr. West u. Gen. (U.S.) liegt der Antrag vor: den Magistrat zu ersuchen, den am 19. August 1921 ergangenen einklimmigen Schiedspruch des Großberliner Schlichtungsausschusses, nach dem für die selbstbestehenden Angehörigen der hiesigen Werke ein Tarifvertrag abgeschlossen werden soll, anzuerkennen.

Beitmer (U.S.P.): Die Werksangehörigen haben nicht wegen Gehaltsforderungen, sondern um Anerkennung ihres Tarifvertrages gekämpft. Den Werksangehörigen blieb nichts anderes übrig, als ihr Recht zu erzwingen. Nach einträglichem Streit hat sich der Magistrat glänzend blamiert. Der Magistrat und besonders der Syndikus Lange bemühen sich ständig darum, immer mehr Angehörige in das Beamtenverhältnis zu bringen. In dieser Praxis liegen außerordentliche Gefahren für die hiesigen Werke, denn das bedeutet ihre Bureaucratisierung. Wir fordern im Interesse der hiesigen Werke, daß alle Werksangehörigen entweder auf freien Tarif- oder Privatsdienstvertrag angewiesen werden, um stets die Möglichkeit zu haben, ungeachtet der Kräfte auszuweichen. Der Magistrat allein trägt die Schuld daran, wenn der Stadt ein größerer Schaden zugefügt worden ist.

Stadtsyndikus Lange: Heute werden Forderungen erhoben, die schließlich jeder Beschreibung spotten und in der schlimmsten Weise geltend gemacht werden. In dieser Sache sei der Streit geradezu vom Saun gedrochen. Man kommt, wenn man so fortfährt, zu einer Unmöglichkeit von Befolgungen in der Stadt Berlin und damit zu ganz unheilbaren Zuständen.

Stadt. Mathias (D. V.): Wegen eines recht nichtigen Anlasses, der ganz intern hätte erledigt werden können, ist dem wirtschaftlichen Leben der Werke, der Industrie und der ganzen Stadt Berlin unermesslicher Schaden zugefügt worden. Das ist tief bedauerlich.

Nach weiterer Debatte, in der Genosse Beitmer mit dem Syndikus Lange scharf ins Gericht geht, beschließt die Versammlung mit den Stimmen der Linkspartei, daß der Magistrat aufgefördert wird, den Tarifvertrag und den Schiedspruch anzuerkennen.

Nachdem die Versammlung den Magistrat durch Beschluß aufgefördert hatte, eine Anordnung betr. Einziehung der Hundsteuer, die von den hiesigen Arbeitern, Angestellten und Beamten Demozionationsdienste verlangt, zurückzugeben, wird die öffentliche Sitzung um 9 Uhr geschlossen.

Nächsten Donnerstag fällt die Sitzung aus.

Wiederbeginn der Reichstagsarbeiten. Die Tagesordnung für die 134. Sitzung des Reichstages, Dienstag, den 27. September 1921, nachmittags 3 Uhr, die erste nach den Sommerferien, ist nunmehr festgelegt. Sie umfaßt 23 kleine Anträge, die Interpellation der Deutschnationalen betreffend Getreideerhöhungen, die Interpellation der Deutschen Volkspartei betreffend die nach dem Erlaß des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 vorangegangenen Ausschreitungen gegenüber Angehörigen nichtsozialistischer Parteien, die erste Beratung der Reichshaushaltsrechnung 1919, die erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Festsetzung eines zweiten Antrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 (Lehrerzulage der Beamten) sowie einige kleinere Gelegenheitswünsche.

Ausgehobenes Zeitungsverbot. Das vom Oberpräsidenten von Hannover über das „Höttinger Tageblatt“ verhängte Verbot ist aufgehoben worden.

Einigung in der oberhessischen Industrie. Die Verhandlungen über die Lohnverbände in der oberhessischen Großindustrie führten zu einer Einigung. Die neuen Lohnsätze gelten ab 1. September.

Der Kapp-Putsch als deutschnationaler Jugendbündnis. Der bekannte Kapp-Putschist Admiral v. Trotha hat, wie die „Teleunion“ meldet, die Festung des außerhessischen Parteirebellen deutschnationalen Jugendbundes übernommen. Wie diesem Leiter ist dafür gloriös, daß die deutsch-nationale Verheerung der Jugend auch weiterhin in guten Händen bleibt. Die Resultate dieser vorbildlichen „unparteiischen“ Jugenderziehung sind so offenbar zutage getreten, daß sich jeder weitere Kommentar erübrigt.

Neue griechische Manuskriptausgabe. Durch königliches Dekret ist die Klasse 1922 unter der Führung gerufen worden, ebenso alle bis 40 Jahre alten Männer, die seit 1921 die griechische Staatsangehörigkeit erworben haben.

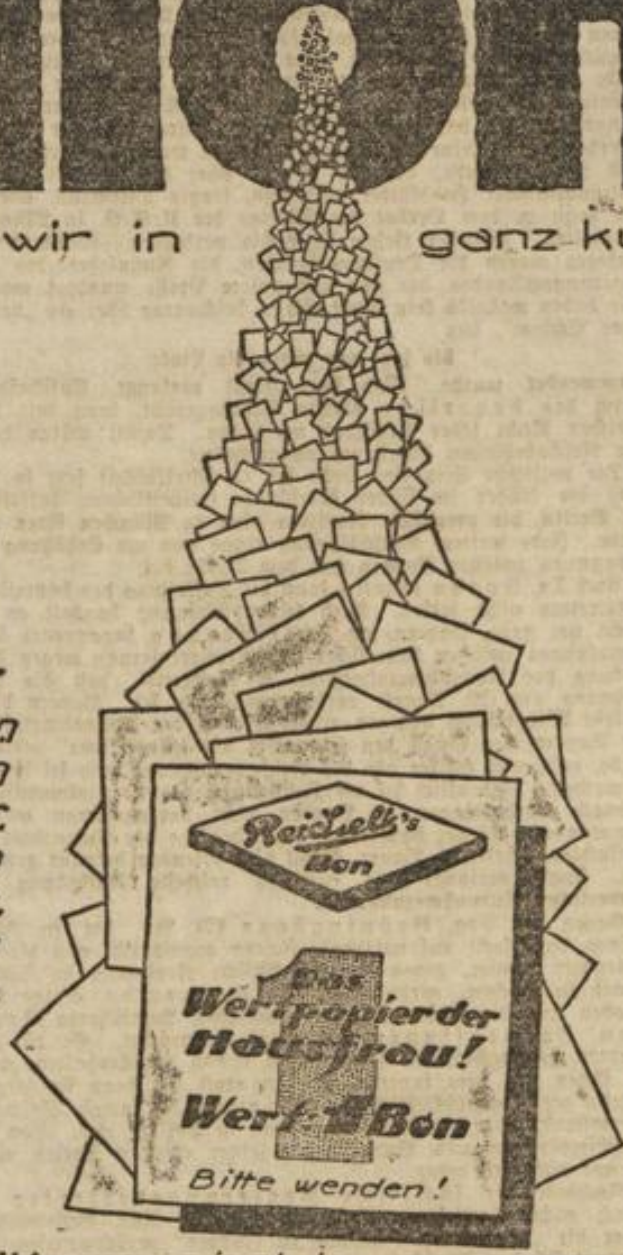
Seht rechtzeitig die Wählerlisten ein!

Millionen

dieser Bons haben wir in ganz kurzer Zeit verausgabt!

Wir

geben auf viele unserer Waren Bons und kaufen Sie gegen Rückgabe derselben Butter oder Schmalz billiger als zu den üblichen Tagespreisen. Bei Rückgabe von 20 Bons kaufen Sie 1 lb Butter oder Schmalz billiger. Bei Rückgabe von 10 Bons kaufen Sie 1/2 lb Butter oder Schmalz billiger. Bei Rückgabe von 5 Bons kaufen Sie 1/4 lb Butter oder Schmalz billiger.



Sie

erhalten beim Einkauf von **Kaffee** auf 1/4 lb Allerfeinsten... 2,50 1/4-Bons
 • 1/4-Hochfeinen... 0,50 3. "
 • 1/4-Extrafeinen... 0,50 2. "
 • 1/4-Prima... 5,50 1. "
Margarine auf 1/2 lb Allerfeinste... 8,25 1/4-Bons
 • 1/2-Hochfeine... 3,25 3. "
 • 1/2-Extrafeine... 6,25 2. "
 • 1/2-Prima... 5,50 1. "

MI
FU

Die Bonanzahl für andere Waren sind in unseren 146 Filialen bekannt gegeben.
Loreley Assmann Union Reichelt Ladewig

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr: Der Bauer als Millionär

Wollner-Theater
Täglich 7.30 Uhr: Nixchen

Neues Volkstheater
Rüchener Str. 88.
7 1/2 Uhr: Jugendfreunde

Kleines Theater
1/2 8 Uhr: Carola Koelle in Fräulein Josefine — meine Frau

7 1/2 Uhr: Residenz-Theater
Paul Wogauer, Irana Triosch in Totentanz

Erionon-Theater
8 Uhr: Ida Wüst in Die große Leidenschaft

Theater I. d. Königgräber Str.:
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
8 Uhr: Die Fahrt ins Blaue

7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
(Schüler, Richard, Engl, Gespermann, Seida, Wild)

8 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
(Seida, Schumann, Wild)

8 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
(Seida, Schumann, Wild)

Romödienhaus:
Täglich 7.30 Uhr: Max Pallenberg Hans Wabmann
Im neuen Vorleser-Schwank Jonnys Busenfreund

Berliner Theater:
Heute geschlossen
Morgen: Zum 1. Male: Prinzessin Olala

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Kottbusplatz 10077
Täglich 7 1/2, 11 Uhr und Sonntag nachm. 3 U.
Blattbogen-Konzert
Elite-Sänger
Vorb. 11-1 1/2 u. 4-6

Circus Taraselli
Bahnhof Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr: Vorstellung

ALHAMBRA

am Moritzplatz
früher Bughenhagen

Heute **Eröffnung**

OTTO REUTTER

1/2 8 und 10 Sensationen
Bier-Varieté und -Kabarett
5., 8., 12.50, u. 15. — M.

11 Schlager
8 Uhr

Sale frei!
für Neugierigen u. Verfallenen
zu soliden Preisen
Reifers Hygiene, Koppentier, 29
Inhaber: Gutes Gewissen

Glühlampen
Halbmattlampen und sämtl. Elektro-Zusatz-Material
neu
Schrüder, Bernauer Str. 101
Fabrikgeb. III.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee

empfehlen zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung

Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen und besseren Genres.

Küchen farbig und naturfarben in allen Preislagen

Gegründet 1876

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

Zum Auslandskurs! **Wegen dringenden**

Gold, Silber, Platin, Brillanten, Münzen etc.

Laden Ankauf Laden

K. Kehlert, Lothringer Str. 34

Bedarfs allerhöchste Preisbill

Läuse Schwaben Wanzen
Eckolda
100.000 sind aufleben-
fähig. Lieber den Co-
loren (von Japan, bergisch) folgen werden Sie können
Verlangen Sie nur Eckolda
in den Drogen: Berlin N: Humboldt-Dr. 33, a. Baitzstr. 10;
D. Knapp, Reinickendorfer Str. 88; Krag, Reinickendorfer
Str. 110; D. Vange, Wannsee, 157; E. Lustig, Schönhauser
Allee 86; NW: H. Decker, Woldenicher Str. 18; Drogenhaus
Moabit, 10. A. Born, Wilmersdorf 46, gegenüb. Ringstr. 10;
O: Andreas-Drog., Kleine Andreasstr. 12; Piesch, Gröden-
berger Str. 7; Glöckner-Drog., Petersburger Str. 83, a. Baitzstr. 10;
S: E. Hehrle, Köpenicker Damm 81/82; SW: E. W. Wehrlich,
Wilmerschr. 1; Charlottenburg: Stephan-Drog., Wilmers-
dorfer Straße 155; Tegel: S. Fackhaus, Berliner Straße 82

Doppelcylisos
Eck 20 ml., größer 30 ml.,
Verbandswatte 100 gr 2 u. 3 ml.,
Mundwasser, Nierenkapseln, für
1/2 Jahr reichend, 150 gr nur 3,50 ml.,
Fahrgasse, Tube 1.- u. 1,50 ml.

Hautgröße 75 Pf., 1,50 ml., Haut de Co. 80 Pf.,
6 und 7 ml., Paraffin 25 und 30 Pf., Seidenbinden, Pfd.
1,50, 8, 6 ml., Gilet dazu 2-5 ml., Klebefpapier, gr. Rolle
1,50, Crepe 2,50, Guttaperchapapier 50 Blatt 1,60, 100 Blatt
2,20 ml., Niederdruckmeter 7, 8, 9 ml., Wasserdrücker
Unterlagen für Kinder 2, für Erwachsene 12 ml., alle
Artikel zur Toilette, Hygiene, Hausmittel sehr billig.
A. Mann & Co., Berlin, Markgrafenstr. 84
an der Lindenstr. 84, Tel. 1803

Gardinen
Stores, Klettgardinen,
Tisch-, Stepp- u.
Küchenbänke

Bettwäsche
und gute federichte
Betten

Wöchentliche
Teilzahlung nur

10.- Mk.
bei
billigsten Preisen

M. Beiser
Lothringer Str. 67

Altmetalle
unverderbliche Geräte zum
Badstraße 34, Hof.

Danksagung

Alle die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der
Einschließung meiner innig geliebten Frau und unserer
herzenguten Mutter

Frau Grete Braun

legen wir allen Verwandten und Bekannten, den Ge-
noßinnen und Genossen des 1. Divisions sowie des heiligen
3. Kreises, besonders Genossen Manne für die herzlichen,
tröstlichen Worte unseren aufrichtigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Billige an Wald und Wasser gelegene
Barzellen in Heiligensee
bei Tegel.

Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Auswahl von M. 800 an. Günstige Abzahlung
Auskunft: Terraingefellschaft Heiligensee, Berlin SW 19
Schiffbauerdamm 28. Tel.: Norden 716 / In Heiligensee
im Bureau oder bei Kampradt, Restaurant Heiligensee
Heiligensee, Kirchallee. Tel. 12, Tegel-Heiligenseel. Strecken

Trauringe

zu Engrospreisen direkt ab Fabrik.

1 Dukaten-Trauring, 900 gefestigt 75 ml.,	
1 Trauring 585	68
1 Trauring 333	30

Wir fertigen nur massive Trauringe ohne Verwech-
selung.

Trauringfabrik H. Schneider & Sohn

Oranienstraße 41.
Kontor und Verkaufsbüro samt 1 Trepp.

Soeben erschienen!

Rosa Luxemburg

Karl Liebknecht
Leo Jogiches

Ihre Bedeutung
für die deutsche
Sozialdemokratie

Eine Folge von
Karl Kautsky

Preis 2.00 Mark

Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin G2
Breite Str. 8-9

Groß-Berlin

Die Forderungen der städtischen Arbeiter

Ein Beispiel bürgerlicher Pressehege

Angesichts der Teuerung haben auch die städtischen Arbeiter, da der Magistrat von sich aus nicht sofort eine ausreichende Lohn-erhöhung vornahm, Lohnforderungen stellen müssen. Die Bewegung ist ja jetzt durch die Annahme des Schiedspruches vorläufig abgeschlossen, doch erscheint es notwendig, an einem Beispiel zu zeigen, wie diese selbstverständlichen Forderungen der städtischen Arbeiter in der bürgerlichen Presse behandelt worden sind.

Eines der meist gelesten Organe, das leider auch noch Abonnenten unter der Arbeiterbevölkerung hat, ist die „Berliner Morgenpost“. Sie gibt sich immer den Anschein, „unparteiisch“ zu sein, und heuchelt auch gelegentlich Arbeiterfreundlichkeit. Sie kann aber trotzdem ihren bürgerlichen Charakter nicht verleugnen, und diejenigen Arbeiter, die noch immer zu ihren Lesern gehören, lesen da ein Organ, dessen Politik gegen ihre einfachen Lebensinteressen gerichtet ist.

Die „Berliner Morgenpost“ schrieb zu den Forderungen der städtischen Arbeiter folgendes:

Die Arbeitervertreter haben aber gleichzeitig mit ihrem Ultimatum die städtische Verwaltung wissen lassen, daß sie gegen die Erhöhung der Löhne zum Ausgleich ihrer Forderungen sind und die Dedung nur durch neue „Beihilfen“ wünschen.

Es ist den Funktionären bekannt, daß ihre Forderungen, die über einen Ausgleich für die Teuerung weit hinausgehen, bei der übrigen werktätigen Bevölkerung auf Widerstand stoßen werden.

Sodann weiß man, daß die städtischen Arbeiter wirklich nicht mehr zu den schlechtestbezahlten Gruppen gehören, daß sie den großen Vorteil haben, der Gefahr der Arbeitslosigkeit nicht ausgesetzt zu sein, und daß sie auch Anspruch auf Altersversorgung besitzen.

Zu diesen Behauptungen der „Morgenpost“ teilt uns der Genosse **Müller**, Mitglied des Betriebsrates vom Osthafen, folgendes mit:

Es ist selbstverständlich, daß die entstehenden Lasten nicht der arbeitenden Berliner Bevölkerung anferlegt werden, die selbst unter der Teuerung zu leiden hat, sondern vielmehr durch die **Beihilfen** aufgebracht werden müssen. Die Stadtverordnetenversammlung hat auch genügend solche Vorlagen behandelt und angenommen, die heute schon in Kraft sein könnten, wenn sich nicht der Oberpräsident als Sachwalter der Interessen des Berliner Bürgertums gefühlt und diese Vorlagen abgelehnt hätte.

Dann behauptet die „Morgenpost“, daß die Forderungen über den Ausgleich für die Teuerung hinausgingen. Dann müßten wir ja, wenn diese Behauptung zuträfe, mindestens den doppelten Lohn des jetzigen erhalten. Wir haben augenblicklich einen Stundenlohn von 5,00 M. bis 6,10 M. Das ergibt wöchentlich 268,80 bis 322,80 M. Davon müssen noch die üblichen Abzüge abgerechnet werden, so daß uns zum Leben wöchentlich 240 bis 265 Mark bleiben, worin sogar schon sämtliche günstigen Teuerungszulagen eingerechnet sind.

Die „Morgenpost“ hebt ferner hervor, daß die Arbeiter Anspruch auf Altersversorgung hätten und der Gefahr der Arbeitslosigkeit nicht ausgesetzt seien. Daß das nicht zutrifft, zeigt folgende Begebenheit: Der Betriebsrat des Osthafens sollte sich vor gar nicht langer Zeit mit der Entlassung der vier ältesten Arbeiter einverstanden erklären. Davon waren zwei Arbeiter Weichensteller von 57 und 69 Jahren. Der eine bekam eine Staatspension von jährlich 1254 M., der andere von 972 M. Die Pension wird den Leuten vom Lohn abgezogen! Der dritte Arbeiter, der entlassen werden sollte, im Alter von 71 Jahren, bekommt monatlich 59,35 Mark Invalidenrente, der vierte Arbeiter hat gar erst den Antrag auf Invalidenrente gestellt. Die Entlassungen wurden von der Verwaltung beantragt mit dem Grund, den Osthafen von seinen Lasten zu entlasten. Es braucht wohl nicht erst bemerkt zu werden, daß der Betriebsrat dieses Ansuchen abgelehnt hat. Der erste Schlichtungsausschuß hat sich für nicht zuständig erklärt, aber

die Verwaltung verfolgt die Sache weiter. So sieht die Altersversorgung der städtischen Arbeiter aus!

Den Funktionären der städtischen Arbeiter ist sehr genau bekannt, daß noch viele ihrer Kollegen die „Morgenpost“ lesen. Es gilt deshalb, alle Kräfte daran zu setzen, auch unter den städtischen Arbeitern Aufklärung über den wahren Charakter der „Morgenpost“ zu schaffen. Der Wahlkampf um die Stadtverordnetenversammlung bietet Gelegenheit genug, dafür zu werben, daß in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung endlich statt der bürgerlichen Organe die Arbeiterpresse gelesen wird!

An unsere Postabonnenten!

„Um jede Verzögerung oder Unterbrechung in der Zustellung der „Freiheit“ an unsere Postbesteller zu vermeiden, ist es unbedingt erforderlich, daß die Bestellung der „Freiheit“ für den Monat Oktober resp. viertes Quartal bis spätestens zum 20. September beim zuständigen Postamt oder Briefträger erfolgt. Spätere Bestellung verursacht unbedingt Verzögerung in der Zustellung. — Der Bezugspreis der „Freiheit“ beträgt einschließlich Zustellungsgebühr 12 M. pro Monat oder 36 M. pro Quartal.“

Öffentliche Wählerversammlungen

Freitag, den 16. September 1921, abends 7 Uhr.

Schulaula Senefelder Straße 6; Schulaula Oberwallstraße 44-46; Schulaula Hedert-Realschule, Weihenburger Str. 4; Schöneberg-Friedenau: Schulaula Kolonnenstr. 22.

Massen heraus!

In Anbetracht der immer frecher auftretenden Reaktion haben das Gewerkschaftsamt und die drei sozialistischen Parteien von Bernau beschlossen, am Sonntag, den 18. September, gemeinsam zu demonstrieren unter der Parole:

„Nieder mit der Reaktion!“

Referenten sind Genossen aller drei Parteien. Treffpunkt 1/2 11 Uhr, Gewerkschaftsraum, Kaiserstraße, Tarnmarkt 1 Uhr.

Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, seid Euch Eurer Pflicht als Arbeiter bewußt! Es gilt, dem aufmarchierenden reaktionären Bürgertum die geschlossene Front des klassenbewußten Proletariats entgegenzustellen. Arbeiter, Genossen, Gewerkschaftskollegen, heraus zum Protest!

Da sich die Reaktion auch hier in Bernau immer dreister gebärdet, ist es notwendig, daß uns die Berliner Arbeiterschaft in unserem Kampfe unterstützt, ebenso die der umliegenden Ortschaften. Ordnet, deren Anordnungen Folge zu leisten ist, sind bereits vormittags auf dem Bahnhof und werden die antommenden Genossen nach der Sammelstelle führen.

Das Gewerkschaftsamt und die U.S.P., S.P.D. und R.P.D. Bernau.

Die Gültigkeit der Berliner Wertzuwachssteuerordnung

Der Magistrat schreibt: Eine Berliner Tageszeitung brachte am 8. September 1921 einen Artikel mit der Überschrift: „Die Berliner Wertzuwachssteuerordnung ungültig.“ In diesem Artikel wurde die Ungültigkeit der Ordnung mit Rücksicht auf eine Entscheidung des Preussischen Obergerichtspräsidenten vom 4. Januar 1921 — veröffentlicht im Preussischen Verwaltungsblatt Nr. 47, Seite 560 — behauptet. Nach Prüfung des angelegenen Urteils können wir feststellen, daß die Behauptung unrichtig ist und daß die Entscheidung der Berliner Wertzuwachssteuerordnung gar nicht berührt, da der in der Entscheidung behandelte Steuerfall nicht eine selbstständige Gemeindesteuerordnung, sondern das Reichszuwachssteuergesetz selbst zur Grundlage hatte. Daß aber bei einer Besteuerung nach dem Reichszuwachssteuergesetz oder bei Grund seiner Vorschriften erlassenen Zuschlagsleistungen die Bestimmungen dieses Gesetzes und damit die vom Gesetz gezogene Grenze von 20 Prozent der Wertsteigerung innegehalten werden müssen, ist selbstverständlich und wird von niemand bestritten werden. Mehr aber besagt die angelegene Entscheidung nicht. Wenn dagegen eine Gemeinde, wie hier Berlin, auf Grund des § 1 Abs. 5 des Gesetzes über die Änderung des Finanzwesens vom 3. Juli 1913 eine selbstständige Regelung der Wertzuwachs-

besteuerung unabhängig von dem Reichsgesetz vornimmt so ist sie an die Bestimmungen und Grenzen des Reichsgesetzes nicht gebunden, sondern kann darüber hinaus höhere Steuerätze festsetzen. Das Publikum wird deshalb gebeten, sich nicht auf diese falsche Artz, die auch von anderen Zeitungen wiedergegeben wird, zu verlassen und darauf gestützt unangelegte Einsprüche und Klagen zu erheben, deren Kosten ihnen zur Last fallen.

Die Kreis- und Bezirkswahlvorschlüge für die bevorstehenden Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen müssen spätestens bis zum 24. d. M. eingereicht sein, und zwar für Berlin bei dem zuständigen Wahlbureau, Stralauer Straße, und für die Bezirke 7-20 bei den dort zuständigen Wahlbureaus. Die Kreiswahlvorschlüge müssen von wenigstens 20 im Wahlkreis, die Bezirkswahlvorschlüge von wenigstens 10 im Verwaltungsbezirk zur Ausübung des Wahlrechts berechtigten Personen unterzeichnet sein. Die Bewerber um ein Mandat müssen eine Erklärung beifügen, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in die Vorschlagslisten zustimmen. Die Prüfung der Wahlvorschlüge soll am 3. und 4. Oktober stattfinden.

Reinickendorf. Die beginnende Einschulung der Kinder gibt erneut Gelegenheit, den Vormarsch der weltlichen Schule ein tüchtiges Stück weiterzubringen. Allen Widerständen künstlerischer Lehrer zum Trotz, alle offenen und versteckten Hemmnisse der Potsdamer Regierung überwindend, hat die weltliche Schule in Reinickendorf festen Fuß gefaßt. In den proletarischen Eltern liegt es, den bestehenden Schulen eine weitere Ausdehnung zu ermöglichen. Die Bedenken besorgter Mütter, ihren Lieblingen einen fünf Minuten weiteren Schulweg nicht zumuten zu können, müssen gegenüber dem hohen Ziele zurücktreten. Im übrigen sind die jungen Abschlüsse gar nicht so unangenehm wie ihre Mütter. Sie gehen ganz gern fünf Minuten länger auf Entdeckungstour. Also, liebe Genossinnen, an die Front mit euren Kindern, die Reaktion, die Finsternis aus den Schulen zu vertreiben. Anmeldungen erfolgen für die 4a Schule bei Herrn Lehrer **Bethge**, für die 5a Schule bei Herrn Lehrer **Bajak** und für die 6a Schule bei Herrn Lehrer **Wolff**. Alle Lauen müssen herangeholt werden.

Öffentliches Konzert. Im Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission Groß-Berlins sowie dem Ortsrat der Ufa veranstaltet die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musiker-Verbandes am Sonntag, den 18. September 1921, mittags 12 Uhr, im Lustgarten zum Besten für das hungernde Kind ein großes Massenkoncert. Das Orchester (Blasmusik) setzt sich zusammen aus 300 Mitgliedern der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musiker-Verbandes und wird unter der Leitung des Musikdirektors **Fritz Braje** (Mitglied der Ortsverwaltung) ein wohl vorbereitetes, ganz hervorragendes Programm zur Ausführung bringen. Es handelt sich hier um eine hochkünstlerische Veranstaltung in kaum jemals dagewesener Aufmachung, so daß sich der Besuch dieses Konzertes — ganz abgesehen von dem damit verbundenen guten Zweck — gewiß für jedermann lohnen wird. Der gesamte, durch Vorkauf und Programmverkauf sich ergebende Ertrag der Veranstaltung wird der Berliner Gewerkschaftskommission zur Weiterleitung übergeben.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters, unter Leitung von **Richard Hagel**, findet am Freitag, den 16. September 1921, abends 8 Uhr, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11, statt. Das Programm lautet: Ouvertüre zu „Prometheus“ von **L. v. Beethoven**, Söberg aus „Ein Sommernachtstraum“ von **J. Mendelssohn**, „Präludien“, sinfonische Dichtung von **J. Liszt**.

Raubüberfall im Friedrichshain. Im Friedrichshain überfallen und beraubt wurde, wie erst jetzt bekannt wird, am Sonnabend abend der Händler **Isidor Balf** aus der Bölowstraße 5. Als er abends auf dem Heimwege durch den Park kam, fielen zwei Männer plötzlich über ihn her, schlugen ihn mit einem Gummi-schlauch zu Boden und raubten ihm die Brieftasche mit 250 Mark bares Geld, den Gewerkschein und die Steuerquittungen. Der Ueberfallene wurde, nachdem die Räuber längst entflohen waren, beunruhigt aufgefunden und nach dem Krankenhaus im Friedrichshain gebracht. Hier hat er sich erst gestern soweit wieder erholt, daß er eine Anzeige machen konnte. Nach der Beschreibung, die er von den Räubern gibt, sind es wahrscheinlich Männer aus den Kreisen, die im Titel für Obdachlose zu nächtigen pflegen.

Geflohen wurde dem Genossen **Mois Freund**, Söberg, Monumenialstraße 39, eine Brieftasche mit folgendem Inhalt: 180 M. Bargeld, zwei Silbermark, eine Mitgliedskarte der U.S.P.D. und ein Verbandsbuch vom Metallarbeiterverband, auf den Namen **Heiseinger** lautend. Außerdem eine Anteilkarte zu der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ und zwei Mitgliedskarten vom Arbeiter-Sängerbund und Gesangverein Söbberberger Männerchor.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Nachdruck verboten.)

Peter kehrte sich um. Nun sah er ganz anders aus. Er war rot geworden bis unter die Haare, ein leidenschaftliches Lächeln war in seinem verwitterten Gesicht: „wie der Vater“, sagte Helene und wurde auf einmal furchtlos.

„Ja, eben der Brief war mir in Erinnerung“, antwortete Peter, und man konnte wohl merken, wie ungewohnt ihm das Deutsche war. Er stand finster und drohend, mit dem Rücken gegen das Fenster, vor ihnen.

Helene fing leise zu weinen an, sie konnte sich nicht helfen, so bedrückt und elend fühlte sie sich. Still setzte sie sich in die dunkelste Ecke und wünschte, daß dieser gräßliche Tag zu Ende sei.

Währenddessen kam der Notar und lud sie mit einer Handbewegung und einem undurchdringlichen Gesicht in sein Arbeitszimmer ein.

Dieser dumme Kerl, der Notar, den sie früher immer den „Bajaz“ (Bajazzo) geheißt; was dem einfiel! Alwine war ganz Protest, ganz Kampf, sie hatte zuletzt Wuttränen in den Augen. Aber es war nichts mehr zu machen, alles war klipp und klar; er hatte den Hof, und sie konnten mit den paar Bahnen abziehen.

Das war das erste und letztemal, daß Peter seine Schwefeln sah.

Die Legate wurden sofort bar ausbezahlt, und nun gingen natürlich die abenteuerlichsten Gerüchte über den reichen Amerikaner in der Gegend um. Er hatte die Legate bei Heller und Wenig ausbezahlt; er mußte Geld haben wie ein Dieb, die Scheine steckten in Bündeln in allen seinen Taschen! Seine Reichtümer wuchsen mit jedem Tag, und jeder, der davon sprach, machte ein Stück dazu, sprach förmlich damit, wie wenn es sein Wert wäre, daß der „Landsmann drüwe“ so reich geworden war, zum Uebertreiben neigend, wie es des Fälschers Art ist.

Freiwillig gab es viele Skeptische, die die Köpfe hoch und den Mundwinkel hinunterzogen, wenn von den transatlantischen Goldbarren die Rede war, und wieder solche, die meinten, es müsse nicht weit her sein mit dem Gelde, wenn der Amerikaner herüberfähre, um das windige Erbe anzutreten.

Viele, die ihn früher gekannt, drängten sich an ihn und begrüßten ihn halb herzlich, halb gönnerhaft zu begrüßen.

Aber er hatte eine Art, sowohl jenen gegenüber, die in begonnern oder gar ihm lächeln wollten, wie den andern gegenüber, die sich als biedere Kameraden aufspielten, daß sie wie mit Wasser begossen abzogen.

„Es ist nicht weit her mit dem Geld“, meinten sie dann, oder: „er hat'n Sparre zu viel wie seine Mutter“, oder „es schickt nix dahinner, nehmen euch in acht!“ Man vergiehe es ihm schon nicht, daß er es verschmäht hatte, ein Hotel aufzuführen (das wäre er schuldig gewesen!), und daß er nicht einmal einen Wagen nahm, um zum Felsenbrunner Hof hinauszufahren, sondern zu Fuß ging, wie ein Handwerksbursche. Da konnte es ja nicht weit her sein mit dem märchenhaften Reichtum. Darüber war man sich klar, als das allmählich bekannt wurde. Die Leute interessierten sich nur dafür, was er allenfalls jetzt beginnen würde.

Peter ahnte von all dem nichts. Die Schmaroger und Biederlinge hatte er aus angeborener Scheu vor einer Gesellschaft, die ihm nicht paßte, und aus dem Drang nach Einsamkeit heraus schroff abgelehnt; selbstverständlich, ohne sich weitere Gedanken darüber zu machen. Er war an Einsamkeit gewöhnt, sie war ihm Bedürfnis, ja Lebensbedingung. Er war dort oben im Norden Amerikas einsam gewesen, wie in der wilden Jagd des New Yorker Lebens. Er hoffte es auch in der Heimat zu sein.

Es war ihm wunderbar zumute, als er die wohlbekannteste Straße von der Stadt gegen sein Vaterhaus wanderte, durch das Wäldchen, über die Wiesen und Felder, bis endlich das alte, vernachlässigte Haus vor ihm stand. Er hatte nicht gedacht, daß es ihn so paßen würde! Waren die Jahre in Amerika, diese aufreibenden, zermürbenden, rastlosen Jahre ein Traum gewesen, oder war seine ganze Jugend, seine Heimat, ein Traum? Er zitterte vor Erregung. Wie armfelig und verlassen das Haus ausah! Wie wenn es ihm einen Vorwurf machen wollte, daß man es so lange elend hatte verkommen lassen. Es gab ihm einen Stich ins Herz, eine seltsame Unruhe befiel ihn, als er es so traurig liegen sah, eine Unruhe, die er vergebens vor sich selber spöttisch zu machen suchte.

„Das alte, liebe Haus.“ So sagte die Mutter oft, und Peter hatte es von ihr lieben gelernt, dies Haus mit seinen weitausläufigen Gängen, den breiten Sandsteintreppen und den saftartigen Stufen.

„Das soll schön sein? Dieser alte Kasten?“ Der Vater schüttelte nur den Kopf darüber. Peter erinnerte sich, von seiner Mutter gehört zu haben, daß sein Vater, als sie heirateten, am liebsten den Felsenbrunner Hof eingenissen

und ein modernes Prachtthaus mit Parkett und Stuck und Erfern und Türmchen an seine Stelle gesetzt hätte. Da würden die „Pölzer“ etwas zu gassen gehabt haben an dem neuen Felsenbrunner Hof, den er nach seinem Geschmack erbaut hätte. Aber das Geld war nicht da, und: „Nie hätte ich das zugegeben, niemals!“ fügte die Mutter stets bei. Dort war die Fensterlinse, in der sie so gern gesessen, wenn die Morgenröte schien, oder am Mittag, wenn's draußen heiß und drinnen kühl war von den großen Kastanienbäumen. Da hatte sie geruht, die schönen schmalen Hände im Schoß und hatte auf die Kastanienbäume geschaut, die ihre vielen leuchtenden Blütenkerzen rodeten, während das ganze Zimmer von ihrem herrlichen Gerüche und dem Gesumme der Bienen erfüllt war, die um die Blüten taumelten.

Da war das kleine Nebengebäude, der Holunderbusch. — Gingen nicht die Geister des alten Hannes und des Kuno um? Tönten nicht Psalmen, mit nacheinander Stimme gesungen, und schmetterte nicht einer: „Schleswig-Holstein meers umschlungen“ dazwischen?

Dort lag der Garten, eine Wildnis, der große Hof — Gras wuchs zwischen den Platten. —

Das war die Heimat, nach der er sich in den ersten Wochen, ja fast in den ersten Jahren, nächtelang krank gefiebt, die er im Traum gesehen, und nach der er am Tage verlangt hatte, das schöne, gute, weiße, alte Haus. Der Schlüssel drehte sich im Schloß; wie hungrige Wölfe stürzten auf einmal die Erinnerungen über ihn her.

Er trat in die Kaskade, das „Alteutsche“, früher das Entzücken seiner Schwestern und der Stolz des Vaters — und schloß sofort wieder zu; modrig und kalt war's da drinnen, und er wurde an lauter schreckliche Dinge gemahnt. Die Stiege und der Korridor schienen unverändert, aber es war ihm, als lauerten all die wüsten Szenen, die sich hier abgespielt, auf ihn. Höhnisch und frohlich und förmlich tödlich lagen sie vor ihm, und jede Treppenstufe gemahnte an die Angst, den Trost und die Hilflosigkeit, mit der er sie erstiegen. Da oben geschah es, daß der Vater den treuen Grouen herunterwarf. Er blieb stehen. War es denn möglich, daß ihn das jetzt noch so erschütterte? Er hatte es doch längst vergessen gehabt. Konnte er so weiß und rührselig werden nach all den bitteren einsamen Jahren, den Jahren der Erniedrigung und des gemeinsten Kampfes ums Leben? War er denn nicht hart und brutal genug geworden? Seine Schwestern hatte er doch mit einem Juden der Augenbrauen abtun können, und nun stand er still und ließ sich rühren von der Erinnerung an seinen alten Hund, der ihm noch dazu fortgelassen war?!

(Fort folgt.)

Die Betriebsräteschule

In den jahrzehntelangen gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen der Arbeiterklasse zur Hebung der Existenzmöglichkeiten und um die Beteiligung an der Gestaltung der Gesetzgebung kam die Forderung nach Mitwirkung auch bei Anwendung der Gesetze insolge der sozialen und politischen Verhältnisse bei uns wenig zur Geltung.

Die Revolution hat daran in der Praxis noch nicht viel geändert. Wir sehen, daß nach wie vor die Ausübung der Gesetzgebung in den Händen reaktionärer Beamten liegt, was Schutz und Rücksicht auf Arbeiterinteressen zum Schaden der Allgemeinheit bedeutet. Ein deutlicher Beweis dafür ist die bisherige Handhabung der Steuerbefreiung. Das mit der größten Rücksicht behandelte Unternehmertum ist zum Kontrollleur über die Abgaben von Lohn und Gehalt seiner Arbeiter und Angestellten bestimmt!

Ungehörte Werte sind in den letzten Jahren durch Profitgier aller Art dem arbeitenden Volke entzogen worden. Wir stehen vor neuen, schweren Wirtschaftskämpfen, vor einer weiteren Vertiefung der Lebenshaltung.

Die Betriebsräte als Vertreter der Arbeiterschaft sind in erster Linie dazu berufen, über die Produktionsmittel und ihre Verwendung sowie über die Preisbildung zu wachen. Das Betriebsrätegesetz hat ihnen Kontroll- und Mitbestimmungsrechte an der Geschäftsführung der Unternehmung gegeben. Sie haben sich in die Vorgänge innerhalb der Betriebe zu vertiefen, Mängel aufzudecken und zu beseitigen.

Das bedeutet, daß die Arbeiter und Angestellten sich mehr als bisher mit wirtschaftlichen und kaufmännischen Fragen aller Art befassen müssen, um Einblick in die Privatwirtschaft und Kenntnis von den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen zu bekommen.

Ihre Hauptaufgabe aber besteht darin, sich zu schulen als Hauptträger der wirtschaftlichen Umbildung für eine spätere sozialistische Wirtschaftsweise. Dieses große Ziel — Bedarfswirtschaft und Existenzmöglichkeit für alle statt des jetzigen Profitssystems unter Ausbeutung der hungernden Massen — setzt aber weit mehr Organisationsfähigkeit voraus als die jetzige planlose Wirtschaft.

Jeder denkende Arbeiter hat daher die Pflicht, sich vorzubereiten zur Einbringung in die heutige Wirtschaftsweise zur Kontrolle der bestehenden Verhältnisse und zur Beseitigung der das Volksganze treffenden Schäden, besonders aber zur Erlangung der höchstmöglichen wirtschaftlichen Fähigkeiten als Glied eines späteren Gemeinwesens nach Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft.

Was Partei- und Fachschulen nicht sein können, das muß die Schule der Betriebsräte sein: eine reine Wirtschaftsschule für Proletarier. Es ist Sache der Gewerkschaften und jedes einzelnen Arbeiters — nicht nur des Betriebsrates von heute — am Ausbau der Schule durch weitgehendste Teilnahme mitzuwirken.

Lehrer und Schüler müssen sich bewußt sein, daß hier eine Stätte intensiver Arbeit ist, getragen von dem Willen zum ernstesten Klassenkampf mit dem gemeinsamen Ziel:

Beseitigung vom kapitalistischen Joch durch die Arbeiterklasse selbst!

Die nächsten Kurse der Betriebsräteschule der Freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale Berlin beginnen am Montag, den 19. September. Teilnehmer können alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten sein. Der Schulplan ist in der Zentrale, Engelauer 15, erhältlich; dort kann auch die Anmeldung noch vollzogen werden.

USPD-Gewerkschaftsangehörige!

Am Sonnabend, den 17. September 1921, abends 7 Uhr, findet im Rathaus, Stadtordeordneten-Saal, Eingang Königstraße, die Zusammenkunft der Funktionäre statt.

Referent: Genosse Segez.

Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimieren.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.

J. A. A. Holtz

Gegensätze zwischen Berufs- und Industrieverbänden

Die Gruppierung der organisierten Arbeiterschaft in Berufs- und Industrieverbänden, wobei sich die Arbeiter willkürlich in der einen oder anderen Gruppe verteilen, verursacht in England bei den Lohnverhandlungen mit den einseitlich organisierten Unternehmern Schwierigkeiten.

So können z. B. die englischen Eisenbahner nicht zu einer einheitlichen nationalen Regelung der Löhne gelangen, da die einander kreuzenden Organisationen zu keinem Einverständnis kommen. Der Eisenbahnerverband (National Union of Railwaymen), Maschinenarbeiterverband (The Amalgamated Engineering Union), der Arbeiterverband in der Maschinen- und Schiffbauindustrie (Engineering and Shipbuilding Trades Federation), sie haben sämtlich Mitglieder aus den Reihen der Eisenbahner. Die beiden letzten hatten mit den Unternehmern eine Lohnvereinbarung getroffen, der erstgenannte Verband weigert sich aber dieser beizutreten, weswegen die Gesellschaften die Vereinbarung nicht anerkennen wollen. So lange die Verbände untereinander nicht einig werden. Ein ähnlicher Fall liegt bei den Transportarbeitern vor, welche teilweise in dem Transportarbeiterverband (United Road Transport Workers of England), teilweise aber in einem sogenannten „allgemeinen“ Arbeiterverband organisiert sind. Die letztere Organisation will die von der ersten Gruppe getroffene Vereinbarung mit den Unternehmern nicht anerkennen. Man hofft, daß in dem vom Gewerkschaftsbund bald zu entsendenden Volksrat (Trade Union General Council) ein Organ für die Ausleichung dieser Gegensätze und für die Erleichterung einer einheitlichen Aktion der Berufs- und Industrieverbände geschaffen würde.

Im Paketpostamt in Berlin hat sich eine Betriebsversammlung erneut mit der unrechtmäßigen Besetzung des 1. Obmanns Wilhelm Hoffmann beschäftigt und in einer Entscheidung gefordert, daß die Postbeamtenorganisationen, besonders die Reichspostgewerkschaft mit der Beamtenvertretung alsbald diese Frage, die von grundsätzlicher Bedeutung für die Beamtenräte geworden ist, zum Abschluß bringen möchten. Der Obmann, Ober-Postsekretär Wilhelm Hoffmann, ist von seinen Wählern aufgefordert worden, das in ihn gesetzte Vertrauen zu erfüllen und seine Dienstgeschäfte als Obmann im Beamtenauschuss des Paketpostamts wieder aufzunehmen.

Zum Trinkgeldzwang. Wir bekommen Beschwerden darüber, daß Kellner in verschiedenen Betrieben keine Restsummen bei Zahlungen einfach dankend einbehalten, ohne daß der Gast die Absicht hatte, ein Trinkgeld zu geben. In anderen Fällen hat der Kellner argwöhnisch kein Kleingeld, erklärt, den Restbetrag gleich bringen zu wollen ohne — es zu tun usw. An den organisierten Kellnern wird es liegen, solchen Auswüchsen zu steuern und mit dem ganzen Trinkgeldwesen radikal aufzuräumen.

Eine bedeutungsvolle Gewerkschaftstagung

Dihmann über die Arbeitsgemeinschaften — Abrechnung mit den Kommunisten

Verbandstag der Metallarbeiter

3. Verhandlungstag

Gleich zu Beginn der Verhandlung nimmt Robert Dihmann das Wort, um den Vorstandsbericht zu erläutern. Er führte aus: Als der neue Vorstand sein Amt antrat, wußte er, daß seiner eine schwere Aufgabe harre. Ein Teil sagte, daß die von uns vertretene Politik nicht realisierbar sei, ein anderer Teil glaubte, uns schon damals die Grabsrede halten zu können. Die wir aber auf dem Verbandstag in Stuttgart die damalige Situation zu berücksichtigen hatten, so muß auch bei der Beurteilung unserer Tätigkeit die Situation in Betracht gezogen werden. Zur Zeit des Stuttgarter Verbandstages hatten wir noch gewisse gute Verhältnisse, aber es machten sich bereits Anzeichen wirtschaftlicher Erstickung bemerkbar, und der sich verschärfende wirtschaftliche Niedergang traf die Arbeiterklasse Deutschlands immer härter und ist allmählich zu einer Weltkrise geworden.

Auch sozialpolitisch ist ein Rückgang zu verzeichnen. Bei der Stuttgarter Tagung standen wir im Zeichen des großen Berliner Kampfes, der uns zeigte, daß die Zeiten des Niedertrensens des Unternehmertums vorüber waren. Mittlerweile mußten wir die Erfahrung machen, daß die Unternehmer, wohl organisiert und diszipliniert, daran gingen, abzubauen, und das wenige zu nehmen, was die Arbeiter in der Revolution erreicht. In der ersten Hälfte 1920 setzte eine allgemeine Teuerung ein, die zu fortgeschrittenen Kämpfen der Metallarbeiter führte, wie in der Geschichte des Verbandes nie zuvor. Die intogewerkschaftliche Abmachung war kaum trocken, so mußten diese Abmachungen oft schon wieder gekündigt werden.

Weltpolitisch und wirtschaftspolitisch machten sich die Wirkungen der Verträge von Versailles und St. Germain klar fühlbar. Das Wirtschaftsleben wurde durch den Versailler Vertrag, das Spaabkommen, die Reparationen und die Besetzung der Rheinlande stark berührt. Aber weder damals noch bei der neueren Teuerungswelle sind die Unternehmer bereit, den berechtigten Forderungen unserer Kollegen zu entsprechen. Dabei haben wir innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung sehr ernste Erscheinungen,

an denen der Vorstand nicht vorübergehen konnte. Ich erinnere an den Kampf in der Betriebsrätesache, und diese Streitfrage war noch nicht abgeschlossen, als die Frage Moskau-Amsterdam hineingetragen wurde. Hauptächlich war es der Metallarbeiterverband, der als Kampffeld ausersehen war, wodurch die Arbeit des Vorstandes klar in Anspruch genommen wurde.

Erste Voraussetzung für einen guten proletarischen Kampf ist der innere Ausbau der Organisation. Die Organisation ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Nicht die Mitgliederzahl allein ist entscheidend, sondern der Geist in der Mitgliedschaft. Dabei muß darauf geachtet werden, ein inniges Zusammenarbeiten zu sichern. Daran war der Vorstand allzeit bedacht. Einzelne Bezirke mußten im Berichtsjahr geteilt werden, und die Bezirkseinteilung ist noch nicht abgeschlossen.

Die Arbeiter des Vorstandes sind gewachsen und wachsen ständig. Neue Abteilungen mußten geschaffen werden. So die Abteilung für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter. Wir haben einige hunderttausend Jugendliche im Verband,

und wir haben alle Ursache, diesen Hunderttausenden im Rahmen des Ganzen dankbar zu werden. Der Jugend muß beigebracht werden die Kenntnis der realen Tatsachen und der wirtschaftlichen Zusammenhänge, ebenso der Geschichte, wobei wir uns nicht auf die Jugend bis zu 19 Jahren beschränken dürfen. Viele Auseinandersetzungen wären uns erspart geblieben, wenn die Arbeiter mehr geschäftliche und volkswirtschaftliche Kenntnisse besäßen hätten. Die Volkswirtschaftliche Abteilung ist dann auch allgemein begrüßt worden. Im Bildungswesen muß von Grund auf gearbeitet werden, nicht mit einem Nürnberger Trichter, aber nach einem allgemeinen System. In den Bezirken sind Bildungsturse von 2-3 Wochen Dauer für die Funktionäre in den Betrieben geplant, um ihnen eine gewisse Grundlage in der Volkswirtschaft, im Arbeiterrecht und in der Sozialpolitik zu geben. Die Betriebsräte-Abteilung verfügt über ein eigenes Organ, die Betriebsräte-Zeitung, die die Förderung der Betriebsrätebewegung

bezweckt. Der zunehmende Verkehr zwischen dem Vorstand und dem Lande zeigt, welche Bedeutung der Betriebsräte-Abteilung und ihren Einrichtungen zukommt. Der Metallarbeiterverband ist eine Industrieorganisation, daneben aber auch eine Berufsorganisation. Leider muß ich feststellen, daß sich viele Organisationen an dem großen Metallarbeiterverband schablos halten wollen und Ansprüche auf die Organisation von Arbeitern geltend machen, die unbegründet sind. Ich erinnere an die Tätigkeit des Heizer- und Maschinenverbandes, der jetzt die gesamte Arbeiterschaft der Heizer- und Maschinenindustrie für sich reklamieren will. Ähnlich ist es bei anderen Verbänden. Was in der Metallindustrie geschieht, ist darauf haben wir allein Anspruch, auch auf die Arbeiter in den Eisenbahnerwerkstätten.

Noch im Laufe dieses Jahres ist ein Reichsbetriebsräte-Kongress geplant, um der Bedeutung der Betriebsräte in der Metallindustrie gerecht zu werden. In den Betriebsräte-Konferenzen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben wir uns ebenso beteiligt wie an denen der Ufa.

Lohnbewegungen und Kämpfe der Betriebsräte

Der Jahresbericht zeigt, inwieweit der Verband die Interessen der Mitglieder gewahrt hat. Oft ist gesagt worden, was macht der Vorstand? Weder in Stuttgart, noch früher, ist darüber gestritten worden, wie der Tageskampf geführt werden soll. Tarifverhandlungen, Abmachungen mit Unternehmern haben wir nie abgelehnt. Nun wird gesagt, Einzelbewegungen sind nutzlos, wir müssen zu Massenaktionen kommen. Diese täglich wiederholten Behauptungen schädigen die Organisation auf das Schwerste. Kämpfen sind wir nicht ausgehien. Im Jahre 1920 wurden 418 Bewegungen in 75 543 Betrieben mit 4 678 570 Beteiligten geführt. Im gleichen Jahre hat der Verband über 29 Millionen Mark an Streikunterstützungen ausgezahlt. Wie kann man da behaupten, der Verband habe für seine Mitglieder nichts getan? Wir sagen nicht, Kampf um jeden Preis, wir sagen aber auch nicht, Kampf unter keinen Umständen. Für Lohnbewegungen und Streiks kann man nur allgemeine Richtlinien aufstellen. Nun wird behauptet, daß allerdings Lohnbewegungen erzielt worden sind, daß aber der Reallohn gesunken sei. Das ist richtig. Wir waren nicht in der Lage, alle Einflüsse des Krieges und des Versailler Vertrages abzumildern, wo aber wären die deutschen Metallarbeiter ohne den Verband?

Die Frage wird aufgeworfen, ob unsere bloßartige Taktik richtig war. Wir haben zentrale Verhandlungen geführt, wenn dadurch für die Arbeiter etwas herausgeholt werden konnte. In diesem Falle sind zentrale Verhandlungen gut. Dienen sie der Verschleppung, sind sie vom Uebel. Bei den Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Metallindustrieller haben wir uns bemüht, eine allgemeine Arbeitsordnung

zu erzielen; manches ist auch erreicht worden. Leider haben die Unternehmer aus dem Lande eine Fülle Material herbeigeschleppt, das vielfach auf Tatsachen beruht. Die Arbeiter dürfen sich nicht von politischen Parteien mißbrauchen lassen und dadurch solches Material liefern. Die Arbeitgeber wollen uns nicht mehr Recht zugestehen, als das Betriebsrätegesetz gewährt. Sie sagen, wir waren keine Freunde des Betriebsrätegesetzes und sind durch das Gesetz keine geworden. Als wir mit den Unternehmern über die Mißstände im Verbringswesen verhandelten und eine Menge Material heischelten, erklärten die Herren, sie verhandelten ja mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund über diese Dinge und wüden damit aus. Bedauerlich ist ja, daß die zentralen Verhandlungen in der Verbringungsfrage zwischen dem Gewerkschaftsbund und den Unternehmern nicht vom Flecke kommen.

Feststellen müssen wir auch, daß der Einfluß des Unternehmertums in der Regierung gewachsen ist. Die Regierungspolitik ist in allen Fragen, so bei der Ausperrung auf der Schichauwerft in Ebing und bei der Frage über die Regelung der Wirttagzeit auf der Vulkanwerft in Steint, zusammengerückt. In der Frage der Massenaktion werden gewöhnlich zwei Gedanken geltend gemacht, erstens wirtschaftliche Ziele und zweitens politische Ziele. Man wirft uns vor, wir lehnten Massenaktionen ab, das ist nicht wahr. Allerdings erkliden wir in Massenaktionen bei jeder Gelegenheit kein Mittel.

Wenn der Kassen im Einzelkampf im Dreck steht, dann rufen die Kommunisten gewöhnlich nach Massenaktionen, damit dem verfahrenen Einzelkampf der verfahrenen Massenaktion folgt. In Stuttgart waren beispielsweise die Forderungen der Dreierbewegung noch nicht einmal bekannt, als schon das Trommelfeuer gegen den Vorstand eingeschlagen wurde. Wir wußten bereits als Berater in der „Roten Fahne“ gebrandmarkt, bevor noch der Vorstand Stellung dazu nehmen konnte. Bei diesen Massenaktionen wurde auch stets die Produktionskontrolle gefordert. Vielleicht geben uns heute die Kommunisten das Recht an, wie bei steigender Arbeitslosigkeit durch einen Generalkrieg die volle Produktion erzielt werden kann. Technisch wie in Stuttgart lagen die Dinge bei Thyssen in Hamborn, wo die Arbeiter „groß“ angelegt war. Und der Erfolg ist, daß in Hamborn 13 000 Beschäftigten nur noch 45 Prozent organisiert sind. Kann man nur wiederholen, was ich in Berlin erklärt habe, wer solche Forderungen aufstellt und die Arbeitermassen in die Irre führt, handelt gewillenslos.

Das Arbeitslosenproblem

ist untrennbar verbunden mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Als Mitte vorigen Jahres die Wirtschaftskrise scharf einschlug, mußten wir dazu übergehen, die Not der Arbeitslosen im Augenblick zu steuern. Im Reichstag erreichten wir nach einem langwierigen Kampf mit der Regierung und den Parteien, daß die von den Gewerkschaften geforderten Unterstufungen von der Arbeitslosenunterstützung nicht in Abzug gebracht werden, daß den langfristigen Erwerbslosen eine einmalige Beihilfe gewährt wurde und daß auch den zehn Forderungen des A. D. G. B. im wesentlichen entsprochen wurde. Wer dann noch die Behauptung aufstellt, wir hätten die Arbeitslosen nichts getan, tut dies wider besseres Wissen. Bei den Werftarbeitern haben wir erreicht, daß die geplante Entlassung zehntausender nichtblieb, und die Werftarbeiterkonferenz, einschließlich der Mehrheit der Kommunisten, hat bestätigt, daß unser Eingreifen fruchtbringend war.

Zu der kommunistischen Zellenbildung will ich bemerken, daß jede Gewerkschaft zur Ohnmacht gerät, wenn ein Teil der Gewerkschaftskollegen von außerhalb Anweisungen erhält. Bei dem Parteitag in Halle tauchte die Parole auf:

Moskau oder Amsterdam?

und die Frage der kommunistischen Zellenbildung. Der weitere Bericht erklärte damals, daß die Bildung einer Delegation in der Organisation, die sich Weigungen von außerhalb unterwirft, ein Übel ist, aber nichtsdestoweniger beruhen die Kommunisten eine Reichskonferenz der Metallarbeiter ein. Dem Vorstand ist es nie eingefallen, gegen die Fraktionsbildungen etwas zu unternehmen, aber die Maßnahmen, die der Kollege Jig als Sekretär der Metallarbeiter-Internationale am Eröffnungstage an uns gerichtet haben verdienen die ernste Beachtung. Die kommunistische Reichskonferenz ist für alle Metallarbeiter einberufen worden. Es wurde gelang, sammelt Geld für die Delegationen, wenn ihr aber feins hat, so haben wir es. Es heißt, die Organisationen zu Grab tragen, wenn eine Fakultät Reichskonferenz allgemeiner Natur einberufen. Dihmann beschäftigte sich damit ziemlich ausgiebig mit der Tätigkeit des Verbandsauschusses, die er in einzelnen Fällen kritisierte.

In der Streitfrage Moskau-Amsterdam wird uns ein Anschlag an Moskau empfohlen und uns gesagt, wir seien Berater, wenn wir uns Moskau nicht anschließen. Was wird in Moskau propagiert? Wir freuen uns, als die kommunistische Partei in Russland die Macht ergreift. Aber die Frage ist: kann Moskau uns helfen? Sowjetrußland kann uns nicht helfen, sondern wir müssen ihm helfen. Der Gewerkschaften von Berlin zwingt uns, daß wir unsere Blicke nicht nur nach Osten, sondern auch nach Westen wenden, wie ja auch die westliche Arbeiterschaft uns helfen muß, die Reaktion in Deutschland niederzuwingen. Nun wird behauptet, Amsterdam ist geldlos, deshalb muß es bekämpft werden. Ein Beweis dafür liegt nicht vor. Amsterdam befindet sich im prächtigen Aufschwung, organisierte und auch wirtschaftspolitisch. Sinowjew war uns die Kettenhunde der Bourgeoisie. Ich frage Sie (zu den Kommunisten gewendet): Sind Sie für Sinowjew oder für uns? nur eins ist möglich. Hätte Rußland uns gesagt, hier habt unsere Bruderhand, dann wären wir einig. So aber behauptet und spaltet es uns und schädigt damit die Arbeiterklasse Deutschlands und der Welt.

Auf meine Stellung zum A. D. G. B. kann ich nicht näher eingehen, wenn man mich aber veranlaßt machen will für die gesamte Politik des A. D. G. B., so muß ich hier bemerken, daß ich dort, trotz unserer 1 1/2 Millionen Mitglieder, nur eine Stimme, genau wie jede andere Organisation, habe. Die Beschlüsse des A. D. G. B. entsprechen keineswegs immer unserer Auffassung. Aber die Verhandlungen sind nicht öffentliche. In dem

Frage der Arbeitsgemeinschaft

lehnen wir ebenso wie in Stuttgart jene Arbeitsgemeinschaften ab, die gemeinsam die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter wahrnehmen wollen. Der Eisenwerkverbandsbund hat den Charakter einer solchen Arbeitsgemeinschaft.

Der nächsten Zukunft müssen wir mit Sorgen entgegen sehen. Das leichte Aufblühen der letzten Wochen wird durch Verschlimmerungen der Wirtschaftslage weichen. Der Stand der Welt und die neue Teuerung führen naturgemäß dazu, daß die Kämpfe einheilen. Allerdings, ist erst die deutsche Arbeiterbewegung in Ordnung, dann ist mit vor dem Führen der Arbeiterklasse. Gegenwärtig leiden wir an der Zerrissenheit der Arbeiterklasse. Wenn jeder sagt, ich habe recht und weiche keinen Fuß breit, dann ist an ein Zusammenarbeiten der proletarischen Kräfte in der nächsten Zeit nicht zu denken. Wir müssen uns stellen auf die konkretesten Aufgaben der Gegenwart. Dabei ist es nicht daran, von den Grundlinien mehrer grundsätzlichen Beschlüsse abzuweichen. Aber wir können im gemeinsamen Wirken die Arbeiterinteressen fördern. Die Gewerkschaft muß frei sein. Sie kann sich von einer Partei ihr Handeln nicht vorführen lassen. Infolge der politischen Zerrissenheit und des Zwanges sind Millionen abgestoßen worden. Den Weg für ein mögliches Handeln erklide ich darin, daß wir uns auf den Boden des Klassenkampfes stellen. Die kommenden Kämpfe müssen geführt werden durch eine geschlossene Organisation bei eifriger Disziplin in den eigenen Reihen.

Nicht alles konnte der Verband erfüllen. Nicht allen konnte er es recht machen, aber prüfen Sie, ob Respektzitate in der Zeitung waren, mehr zu tun. In der Presse ist geschrieben worden, daß Dihmann nur beheden können. (Schlisses Bravo.) Gang, Frankfurt a. M. (R. P. D.) berichtet dann im Auftrage des Verbandsauschusses. Er sagt, zu dem bestigen Angriffe Dihmanns gegen die Verantwalter und Teilnehmer der kommunistischen Reichskonferenz der Metallarbeiter habe kein Laie vorgelegen, da die Konferenz den Verband nicht im Stich gelassen habe. Die Kassenführung habe der Ausschuss wieder geprüft, zur Ausstellung aber keinen Anlaß gefunden.

Haas, Köln (S. V. D.): Am Schluffe des Verbandstages in Stuttgart haben wir ausgerufen: Auf Wiedersehen in Genoa! Die kurze Spanne Zeit hat genügt, um manche Illusion zu beseitigen. Wir sind wieder zurückgekehrt von der Phantasi der Diktatur des Proletariats auf den sicheren Boden der Demokratie. Was ist den Mitgliedern in Stuttgart alles versprochen worden? Das größte Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder bestand nur in den Anfängungen in Stuttgart. Haas sucht dann durch eine geschmacklose Gegenüberstellung von Aeußerungen Dymanns in Stuttgart mit seinen heutigen Ausführungen Widersprüche zu konstruieren, ohne zu bedenken, daß die Situation in Stuttgart und die damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse ganz andere waren, als heute. Weiter kritisiert er, daß der Vorstand wilde Streiks nachträglich gutgeheißen habe und sucht zu beweisen, daß der Vorstand bei Anstellungen nach politischen Gesichtspunkten verfahren sei. Dabei muß er zugestehen, daß im Hauptvorstand die Mitglieder der S. V. D. die als Hilfsarbeiter dort beschäftigt waren, allmählich allesamt als feste Angestellte berufen worden sind. In der Parteiberichterstattung hat Dymann zu unserer Freude eine klare Stellung eingenommen. Was Dymann über unsere Gründe auf der äußersten Linken gesagt hat, unterstreiche ich im allgemeinen. Nach seiner heutigen Rede ist jene Selbstbestimmungsrechte gegeben, die den Weg zu einer Einigung ebnet. Aber mit der S. V. D. ist eine Wiedereinigung noch nicht möglich. Zum Schluffe reißt Haas eine Entschleierung ein, die sich für die sozialistische Gemeinwirtschaft auspricht und eine Reihe anderer Forderungen, so die Beseitigung der Klassenunterschiede, aufstellt.

Ziska, Berlin (U. S. V. D.): Mit eiserner Konsequenz hat der Vorstand seine Tätigkeit gemäß den in Stuttgart gegebenen Richtlinien durchgeführt. Was Haas zu den Erklärungen Dymanns in Stuttgart und zu seiner heutigen Rede gesagt hat, wird der Vorstand gebührend zurückweisen. Wir wollen aber betonen, daß wir die Welt haben der engeren Freunde Haas für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse heute noch ebenso falsch halten, wie in Stuttgart. Nie haben wir einen Zweifel darüber gelassen, daß wir nicht aufhören werden, die Mitglieder zu unserer Auffassung zu belehren. Haas sagt: Die Frage der Diktatur, der Demokratie sei das Unterscheidungsmerkmal. Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Diktatur das Mittel zur Einführung der vollendeten Demokratie ist. Ohne dieses Mittel werden wir nicht einmal zur formalen Demokratie kommen, da die herrschende Klasse mit ihrer Diktatur die formale Demokratie zu verhindern macht.

Nun zum Geschäftsbericht Dymanns: Der Vorstand war gezwungen, seine Tätigkeit unter sehr schwierigen Verhältnissen auszuführen. Die Organisation war zwar sehr stark, aber innerlich nicht so geschlossen wie im Jahre 1914. Da obendrein in der Geschäftsperiode eine rückläufige wirtschaftliche Bewegung einsetzte, müssen wir betonen, daß der Vorstand erreicht hat, was wir von ihm erwarten durften. Auf dem Gebiet des Bildungswekens hat unser Verband mehr getan als alle anderen Organisationen. In der Betriebsratsfrage ist die von unserem Vorstand eingenommene Haltung heute Allgemeingut der Metallarbeiter. Wenn wir noch eine einheitliche Organisation haben, so ist dies zu danken der geradezu übermenschlichen Arbeit des Vorstandes. Wenn Haas Dymanns Haltung in Stuttgart und zu Jena vergleicht, so muß man glauben, so wird auch Haas nicht von sich sagen können, daß er heute schon genau weiß, wie in den nächsten zwei Jahren die Kämpfe in jeder Einzelheit geführt werden müssen.

Hans (Ausdruck) kritisierte die Warnung des Vorstandes an die kommunistischen Mitglieder in bezug auf die Beteiligung an der Gewerkschaftskonferenz, aber er läßt außer Betracht, daß unsere Zugehörigkeit zur Organisation nicht auf dem Zwang, sondern auf der Freiwilligkeit beruht, und daß deshalb alle Mitglieder die Pflicht haben, sich den von der Gesamtmehrheit gegebenen Geheßen zu unterwerfen. Das ist die Voraussetzung der proletarischen Organisation.

Unter Befolgung aller gegenteiligen Auffassungen haben die Teilnehmer dieses Verbandstages die Pflicht, den einheitlichen Kampf zu fördern, auf daß wir unseren Zielen näherkommen. Wir können dem Verbandstag nur empfehlen, dem Vorstand das Vertrauen auszusprechen und ihn mit der Führung der Geschäfte für die nächsten Jahre aufs neue zu betrauen.

Wulker, (Stuttgart, R. V. D.): Die Tätigkeit des Vorstandes steht mit den Beschlüssen in Stuttgart derart im Widerspruch, daß für Dymann die Verantwortlichkeit eine schwierige Aufgabe war, weshalb er, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, auf die Kommunisten losging. Mit diesen Dingen will ich mich weniger befassen, sondern mich in der Hauptsache den kommenden Kämpfen zuwenden. Der Kampf des Proletariats müsse mit aller Energie gegen den Kapitalismus gerichtet werden. Mit Arbeitergemeinschaften ist es nicht möglich. Nur durch gewaltige Kämpfe kann die Macht des Proletariats gesteigert werden.

Die in dem Offenen Briefe aufgestellten Forderungen der R. V. D. entsprachen den Bedürfnissen des gesamten Proletariats. Auf den Offenen Brief hat der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes nicht reagiert. Falsch ist es anzunehmen, als ob die kommunistische Partei ihren Parteigenossen Aufweisung über die gewerkschaftlichen Beschlüsse gebe. Nicht Wiedereinigung des Kapitalismus, sondern Sturz des Kapitalismus und Einführung des Sozialismus muß die Parole sein. Mit den Massen werden wir kämpfen, und wir werden auch siegen.

Vierter Verhandlungstag

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
Jena, 15. September.

Zu recht lebhaften Auseinandersetzungen kam es kurz nach Eröffnung der heutigen Verhandlungen, als Werenthaier namens der Rechnungs-Kommission und im Einklang mit der Auffassung des Vorstandes erklärte, daß dem Antrag der kommunistischen Fraktion, eine Summe aus der Verbandskasse (1 M. pro Mitglied) für die Reisen zu gewähren; statutarische Bestimmungen entgegenstehen. Auch auf die Konsequenzen einer solchen Bewilligung wurde hingewiesen. Während dieser Begründung gebärdeten sich die Kommunisten sehr aufgeregt. Es kam zeitweise zu wildem Durcheinander.

Bei der Fortsetzung der Debatte über den Geschäftsbericht sprach zunächst Kummer-Offenbach (S. V. D.), der, wohl nicht unbeeinflusst durch die Stimmung eines Teiles der eigenen Fraktion, seine Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes auf einzelne Ausstellungen beschränkte, im übrigen aber anerkannte, daß der Verband sich wider Erwarten trotz kommunistischer Agitationsweise und trotz rückläufiger wirtschaftlicher Bewegung, glänzend gehalten habe, was nur durch die von dem Vorstand betriebene Politik ermöglicht ward. Das gab Kummer zwar nicht offen zu, eine andere Schlussfolgerung ist aber nicht möglich.

Recht glänzend parierte Dettlinghaus-Lübberscheid (U. S. V.), die Versuche, dem Vorstand ein Abweiden von den Stuttgarter Richtlinien anzubieten und ihm einen Wechsel seiner Auffassungen zu unterstücken. Gewisse Auffassungen haben sich allerdings geändert, wie z. B. Jena, die früher die Gewerkschaften von der Politik fernhalten wollten, heute aber mit uns der Meinung sind, daß Politik und Wirtschaft nicht voneinander getrennt werden können. Nach links hin erklärte er den Verantwortlichen der Massenfaktion, daß es widersinnig sei, den Vorstand zu Massenfaktionen anzutreiben, da doch nur die Massen Massenfaktionen machen können.

Langweil war die Rede des Kommunisten Wegmann-Eisen, der auch nicht ein einziges neues Wort vortrug, und deshalb der größten Unachtsamkeit begehrte. Am Nachmittag fanden keine Verhandlungen statt, da die Delegierten einen Ausflug nach dem Leuchtenberg unternahmen.

Jugendbewegung

Soz. Proletarierjugend Berlin-Brandenburg.

Samstag, den 12. September, vormittags 10 Uhr: Nicht in der Arbeiter-Erkennungs-Schule, Breite Straße 8-9, eine Bezirkskonferenz statt. Die Gruppe erschienen bis zu 80 Mitglieder, ein Delegierter, auf je mehrere 50 Mitglieder nach einem Vertreter. Die Delegationsrollen werden durch Umlose gezogen. Es ist erwidert, daß auch die Orte, in denen noch keine Gruppe besteht, einen Genossen als Vertreter senden.

Zentrale Berlin-Brandenburg S. V. D.

Arbeiter Sport

Sozialpolitik der Berliner Arbeiterpartei. Am 23. Mai fand das große Arbeiter-Sportfest im Grünwald-Stadion statt. Dort wurde den 49000 Zuschauern gezeigt, was die dem Arbeiterverband für Sport und Körperpflege an schulischen Organisationen in Massenveranstaltungen zu leisten vermögen. Am Sonnabend, den 24. September, veranstaltete der Arbeiter-Verband für Sport und Körperpflege in den Räumen der „Neuen Welt“, Hasenheide, ein großes Soz. Sportfest. Hier soll der Arbeiterklub gezeigt werden, was die Mitglieder der Organisationsstellen vollbringen können. Die Turner und Turnerinnen werden am Werk, Fuß und Ballen als Aushilfen geübt und Fortschritte gezeigt. Die Nudler und Nudlerinnen werden Kräfte- und Kräfteübungen zeigen und Fortschritte zeigen. Die Mitglieder des Kräfte-Sportverbandes bereiten als Kräfteübungen und Kräfteübungen des Kräfte-Sportverbandes als Kräfteübungen an. Die Mitglieder des Kräfte-Sportverbandes bereiten als Kräfteübungen und Kräfteübungen des Kräfte-Sportverbandes als Kräfteübungen an.

Auf dem nächsten in Grünwald am Sonntag nach 2 Uhr Volksfest. Maßnahmen des Proletarischen Gesundheitswesens. Sonderausführung des Turnvereins „Eintracht“, Arbeiter-Kinder-Club, Arbeiter-Fußball-Club und „Eintracht“, Arbeiter-Verein „Naturfreunde“, Arbeiter-Sänger. Der Eintrittspreis bei

fest 2 M. Willetts hat zu haben im Sporthaus Sichte, Alpenstr. 108 und bei den Mitgliedern. Einmalige Arbeiterpartei treffen sich um 12 Uhr am Westturm Bahnhof zur gemeinsamen Demonstration. Fabren und Schiller sind mitzubringen. Der Hebeschiff ist für die Hungererben in Rufland bestimmt.

Berliner Arbeiter-Sportfest. Einmalige Arbeiterpartei treffen sich am Sonntag, den 15. September, vormittags 10 Uhr, zu einer Propagandaveranstaltung im Volkshaus, Bernstraße 88, unter der Leitung der Arbeiterpartei. Es werden folgende Vorträge gehalten: 1. Stellung der Arbeiterpartei im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse. 2. Die Stellung der Arbeiterpartei im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse.

Arbeiter-Abfahrtsverein Henschel. Sonnabend, den 17. September, abends 7 Uhr: Demonstration nach Wilmersdorf, Henschelstr. — Sonntag, den 18. September, nachmittags 1 Uhr, nach Wannsee, Henschelstr. — Start: Mariannenplatz.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Die Geschäftsleitungsstelle hat heute nachmittags 4 Uhr in der Arbeiter-Erkennungs-Schule statt. Wie ersuchen pünktlich zu erscheinen. Die Geschäftsleitung.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Heute, Freitag, den 19. September, abends 7 Uhr, findet in der Arbeiter-Erkennungs-Schule, Breite Straße 8-9, unter der Leitung der Arbeiterpartei eine Besprechung der Kandidaten für die Parteikonferenz statt. Die Geschäftsleitung.

Freitag, 19. September

1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.

Sonnabend, 17. September

1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.

Sonntag, 13. September

1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.

Bereinskalendar

Freitag, 16. September

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Große Einzelhandelskassensammlung, Logesordnung: Stellungnahme zum Kündigung des neuen Lohnratens.

Sonnabend, 17. September

1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.

Sonntag, 18. September

1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.

1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 1. Bezirksversammlung, 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31.

DEGEASpar-Glühkörper 25%

Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch
Bestes Erzeugnis der Auerlicht-Gesellschaft, Berlin O. 11

Gewaschen mit
Dixin
Henkel's Seifenpulver
Henkel & Co. Düsseldorf



Zur Lage in Rußland!

Jetzt aktuell!

Professor Dr. Carl Ballod:
Gowjet-Rußland
Preis 5.— Mark / Gebunden 8.— Mark

Buchhandlung „Freiheit“ Berlin O. 2, Breite Str. 8-9
sowie in allen „Freiheit“-Expeditionen

EMILE ZOLA
GESAMMELTE NOVELLEN
Durchgesehen und herausg. von Hans Jacob
Drei Bände
Zum ersten Male wird hier eine Zusammenfassung von Zolas novellistischem Schaffen in deutscher Sprache geboten, in der wir neben den allbekanntesten Meisternovellen des grossen Romanschriftstellers auch Werke finden, die bisher in Deutschland wenig zugänglich waren. Unmittelbar mit Wärme und Leidenschaft spricht aus dieser Sammlung menschliches Erleben, innere Erschütterung.
Preis: elegant gebunden m. farbigen Umschlagzeichnungs m. 100.—, in Halbleder M. 150.—
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den
VERLAG GUSTAV KIEPENHEUER
POTSDAM

Botenfrauen sofort gesucht!

„Freiheit“-Ausgabestelle
Charlbg., Wankstraße 90,
Seitenflügel part.
Wohnungen von 8-11 und 2-5
Expedition W e r n e r
Greifswalder Straße 29
Tour: Georgenstraße
Expedition F r a n z e n
Wittstocker Straße 19

Alles in den Schatten stellend
Leihhaus Brunnenstraße 5
(Rosenthaler Platz)
Fahrgeld-Vorgütung

sind unsere Preise
Schlüpfer, Paletots, Anzüge, Cutaways
aus erstkl. Materialien, Nothair-Raserverarbe-Haus-
prachtvoller Sitz 400, 500, 600 Mark
Kreuztische
Köln, Lohndorfer
Köln Lohndorfer

Altmetalle
Kauf in Grosspartien
K. W. 10, O. 27, Metallwaren
Kunstabbeilwerke 8. nahe
Alexanderplatz, Nähe, mit verm.
Kauf in Grosspartien, wenn
Schwund mit ohne Rohmetall
kauf man in der Buchhandlung
„Freiheit“, Breite Straße 99.

Martha

Von Ada Regel

Obgleich sie starke Wehen durchzuckten schon wie Flammen, hielt sie doch aufrecht, bleich und stumm am Webstuhl aus. Und als die Arbeit schloß, lief eilig sie nach Haus. Beim scharfen Nord und brach an ihrer Tür zusammen. Sie stöhnt und wimmerte, — und als der Morgen wieder heraufgedämmert bleich, da kam das arme Weib, Aufschreiend wie ein Tier, dem man zerriß den Leib, Mit einem toten Kind in bitteren Qualen nieder. Daß ihre Augen nicht den Jammer mehr erschauen, Nimmt man stillschweigend ihr den kleinen Leichnam fort. Drei Tage lag sie dann noch auf den Kissen dort; Das starre Angesicht schien wie aus Stein gehauen. Allein am vierten Tage — des Nordwind's eisiges Wehen, Hat noch nicht aufgehört — da rafft sie sich empor, Und totenbläß, als ob sie alles Blut verlor. . . . So sah man sie gestört zurück zum Webstuhl gehen.

Hund und Mensch

Eine Fabel

Er war seinem Lehrmeister Sabongelassen, als dieser ihn um geringer Ursache willen geprügelt hatte. Nun schritt der Bursch die staubige Landstraße dahin, von Hunger und Durst gequält. Vor einem der letzten Häuser des Dorfes sah ein Kind, das biß kräftig in sein Butterbrot. . . . Ein wildes Begehren stieg auf in dem Herzen des Jungen. Das Kind lachte fröhlich, während es mit der Puppe spielte. — Er wendete sich und ging. Nur zwei heiße Tränen rollten ihm über die Wangen. . . . Doch siebel! Abseits vom Wege stand ein großer Baum, an dem die schönsten Früchte hingen. Mit einigen Steinwürfen erbeutete er so viel der saftigen Birnen, daß er seine Taschen füllen konnte. Ei, wie das schmeckt! — Da trat ein Mann auf ihn zu; er war der Hufschmied. Der packte den Armen, nannte ihn „Dieb“ und „Landstreicher“ und führte ihn fort ins Gefängnis. Sie kamen an einen großen Bauernhof. Vor dem Tore lag ein gottlicher Hund und verzehrte sein Mahl, das die Magd ihm gebracht. „Unserens“, brummte der Bursch, „hat's doch viel schlechter als so ein Tier.“ — Der Hund raffte mit seiner Keule und knurrte: „Das kommt davon, wenn man nach Freiheit strebt!“ — Da erhob der junge Mensch stolz das Haupt. . . .

Vom Nachtbaden

Wir erhalten folgenden schönen Aufsatz aus Desterreisen: „Der befreiende Artikel in einer der letzten Nummern dieser Frauenbeilage gibt mit den Rat an befolgendem Artikel. Es ist wohl das erste Mal, daß eine Tageszeitung diese Frage offen bespricht. Als jahrelanger Anhänger dieser Bewegung darf ich mir wohl ein Urteil darüber erlauben.“

Trotzdem die Bitterung nach und nach das Nachtbaden nicht mehr schaltet, möchten wir die treffenden Worte des Einsenders unseren Lesern nicht vorenthalten:

„So ziemlich alles, was bei uns erlaubt und nicht erlaubt ist, ist paragrafisiert, d. h. in den Paragraphen eines der vielen Gesetze angedeutet. Das Nachtbaden macht eine räuberische Ausnahme. Der unbefriedete, also nackte Körper ist nirgends unter Strafe gestellt. Doch als ob ich laum, daß das aus besonderem Wohlwollen seitens der Gesetzgeber bisher unterblieben ist. Vielmehr liegt die Vermutung nahe, daß man glaubte, die Kirche mit ihrem Kommando über das „sündige Fleisch“ reiche hier völlig aus. Diese Lücke in den Gesetzen wird übrigens völlig wettgemacht durch den Groben-Ansatz-Paragraphen, dem alles, aber auch alles unterworfen ist, was irgendeiner Weibliche, einem Schürmann oder einem Nachtwächter nicht gefällt, sofern ein anderer Paragraph nicht anwendbar ist. Und nun erst das nackte Baden: hinein in der Schlund des ominösen Paragraphen. Schnappt dann irgend ein bürgerlicher Verächterhater die Sache auf, dann verfehlt er sicher nicht, mit nach Stomatistisch duffender Schnoddrigkeit darüber herzufallen, wie der Fall mit dem „Höllennemchen“ bei Berlin war.“

Es gibt zweierlei Nacktheit. Die eine, die bei der großen Masse bekannt ist, ist infolge der einseitigen, unnatürlichen Anschauung schon durch das Hören des bloßen Wortes „nackt“ einen Reiz hervorzurufen, der sich in geistlichen Gedanken aus. Hierher gehören auch die Nachtbaderleistungen im Varieteo usw. Die andern sexuellen spekulierenden widerwärtigen „Theater“ Räder scheiden bei diesen Erörterungen von vornherein aus.

Hier und da haben sich nun Menschen ansammeln gefunden, die dabau, daß sie ihr Seelenleben frei von Scott halten, eine andere Nacktheit kennen und sich ihrer erfreuen, die da meinen, daß zum Luftbade, zum Baden überhaupt, irgendein Bedeckungsanzug unumgänglich sei, zumal beim weiblichen Geschlecht, wo ein solcher von den Schultern bis zu den Knien reicht, die der Meinung sind, daß man sich eines schönen Körpers nicht zu schönem Brauche und diesen nicht in anständiger und unanständige Stellen einteilen muß.

Triffst du daher bei deinen Wanderungen hier und da auf Menschen, die in dieser vornehm-freien Art sich bewegen, betworf sie nicht mit Schmutz, sondern versuche es, dich auf gleich hohe Worte zu stellen. Du wirst dann sehr willkommen sein, besonders, wenn du als Unterhand deiner reinen Gesinnung ein weibliches Wesen mitbringst. Der Bruder seine Schwester, der Bursche sein Mädchen, der Mann seine Frau und Kinder. Gar manches Bauerblümchen, das beim Tanzen sozia sitzt, weil es mit seiner Garderobe nicht fort kann oder nicht so auf wie andere for, und anders trotzelt, würde sich in einem solchen Kreise, in frischer Luft und strahlendem Sonnenschein viel wohler fühlen. Hier, ohne Vollhaat, aber auch ohne Luftbadeschäm, Hüte, Krämpfe und -schände (ja, es gibt sogar Luftbadeschäm), prunkt man nur mit seinem Körper, sich und anderen auf Freunde. Ohne Tanzstunde, ohne Stöckelschuhe und Gelbhauben nötig zu haben, lernt man im Sundumdrehen die schönen, alten Volkstänze mit ihren schlachten Weisen, die sich sehr vorteilhaft von dem „Sah-loh-möh“ und anderem Stuk der Tanzsäle unterscheiden.

An einem solchen Kreise wird man an einem Metzgerer schwert, den Fidus unter eines seiner Wälder seht:

Herbei, ihr Brüder und Schwester,
Goldlocke und Fell,
Lacht uns als Wühlende umlanzen
Des kraschlenden Quell.

Unsere Modenbeilage

Die meisten jungen Frauen und Mädchen ziehen in neuerer Zeit die Hemdböse der Hose vor. Eine solche ist in der Tat ein sehr praktisches Kleidungsstück. Man stellt sie aus Hemdentuch her, für den Winter ist Vordach sehr angebracht. Der Schnitt von Abb. 1 befindet sich auf dem Schnittmusterbogen von Heft 23. Sehr praktisch und empfehlenswert ist die Nachböse, Abb. 2 für kleine Knaben oder Mädchen. Unruhige Kinder, die durch Strampeln sich nachts aufdecken, sollten unbedingt lieber eine Nachböse als ein Hemdböschchen tragen, besonders wenn die kühle Jahreszeit naht. Der Schnitt befindet sich für das Alter von 6 bis 8 Jahren auf dem Schnittmusterbogen Nr. 13.

Sieben erschien Nr. 24 der Schaffenden Frau. Mit diesem Heft schließt der zweite Jahrgang dieser beliebten Frauenzeitschrift. Heft 24 enthält außer 6 Modeseiten und Familienfolgende Artikel: Putterschafts- und Putterschafts- und Nähmaschinen und ihre Kunst — Siedlungen usw. Das diesem Heft beigefügte Inhaltsverzeichnis des 2. Jahrganges zeigt uns die Fülle und Reichhaltigkeit des Bestandes in der Schaffenden Frau.

Aus der sozialistischen Frauen- und Modenzeitsung „Die Schaffende Frau“



Abb. 1 Heft und Schnittmusterbogen Nr. 23. M. 2.80



Abb. 2 Heft und Schnittmusterbogen Nr. 13. M. 2.80

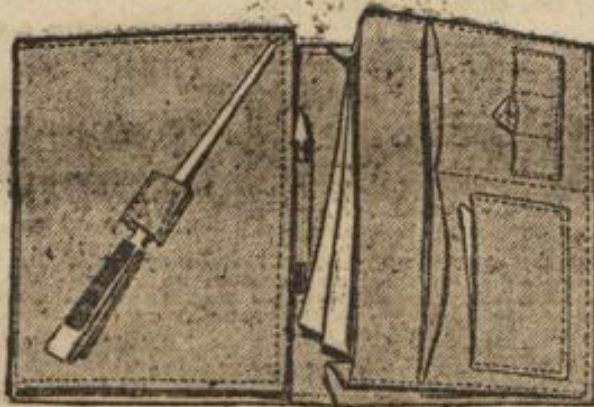


Abb. 3 Heft und Schnittmusterbogen Nr. 16. M. 2.80

Preis des Heftes 1.80 M., mit Schnittmusterbogen 2.50 M. Porto extra

„Die Schaffende Frau“ ist durch alle Verlagsbuchhandlungen und Zeitungsanstalten zu beziehen, eventuell direkt durch den Verleger „Die Schaffende Frau“, Dresden-N. 1, Postfach 110, Postfachkonto Dresden 400.

Verlag „Die Schaffende Frau“
Grossschloß-Druckerei Dresden, e. o. u. l. G.
Dresden-N., Kleine Frauenstraße 22.

Geschichte Frauenhände

Befähigen sich mit dem Herstellen praktischer Gebrauchsgüter. Hände hergestellt. Nach der in Heft 15 enthaltenen Beschreibung und dem Schnitt auf dem dazu gehörigen Schnittmusterbogen kann jede Frau oder jedes Mädchen diese Schreibmappe herstellen. Für Geschenkzwecke ist diese Sanbarbeit sehr passend und verhältnismäßig preiswert, da man sehr oft einen Rest verwendbares Material besitzt, so z. B. Samt oder Tuch.

Kochrezepte für den proletarischen Haushalt

Kranke, ein bilantes Sonntagessen. Mittagsessen für 4 bis 5 Personen, Preis 17 M. — Von einem großen Kramklopf werden die Blätter ganz abgetrennt, dann kurz in kochendem Salzwasser abgekocht, ¼ Pfund getrocknete Pilze, die man vorher einige Stunden in Wasser legt, oder frische Pilze werden mit feingehacktem Zwiebel, Petersilie in Balsam weich abgekocht. Die Pilze werden hierauf mit dem Saft des Kramklopfes fein gewiegelt. Wir nehmen nun Blatt für Blatt des Kramklopfes, legen einen reichlichen Schüssel von der gewaschenen Masse darauf und rollen das Blatt zusammen, worauf es mit Nähnadeln gebunden wird. Nachdem diese gefüllten Kramklopfblätter präpariert sind, wird Balsam in einem Topf heiß gemacht, worauf die Kramklopfblätter darin gedünstet werden. Nach und nach gießt man von dem Salzwasser, in dem der Kramklopf abgekocht wurde, zu. Statt der Pilze kann man auch gewiegelt Fleisch nehmen. Dazu gibt man Pilzsaucen und Salzkartoffeln. Die fertige Pilzsaucen wird mit etwas Mehl, besser Vanilienmehl, vermischt. 6 Pfund Kartoffeln werden geschält und mit Wasser, Salz und Kümmel weichgekocht.

Gemischter Kartoffelsalat. Abendessen, Preis 11 M. — 6 Pfund Kartoffeln werden abgekocht, geschält und in dünne Scheiben geschnitten. Dazu werden gegeben: Zwei bis drei feingehackte Zwiebeln, ebenso zwei bis drei rote oder gelbe Rüben, zwei feingehackte saure Salzkartoffeln, vielleicht auch einige in Essig gelagerte Bohnen, die man fein schneidet. Hierauf bereitet man eine Sauce von einem Eßlöffel Salz, ¼ Teelöffel Senfsaat, 1—2 Eßlöffel Zitronensaft, gibt Essig dazu nach Geschmack und gießt dann die so zubereitete Sauce über die Kartoffeln und die übrigen Zutaten und läßt durchziehen.

Sabine Zwirlein

An der Maschine

Skizze von Béla Révész

Eingig berechnete Hebertragung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein

Marias gekrümmter junger Körper streckte sich über die Maschine, ihr schmaler Rücken richtete sich gerade auf, ihre knochigen Schultern spannten sich, ihre zarte Gestalt schauerte, und sie raffte stumm in dem klappernden, klirrenden Geräusch. Ringsum hasteten alle Webmaschinen, junge Mädchen bückten sich zwischen den Hebeln und Rädern, sahen auf kleinen Bänken, führten der Fäden gleitende Schlangen geschickt über die Rippen, die Arme der Maschine, die Arbeit surrte, brummte, der Abendstatten vertrieb die arbeitenden Mädchen und die hastenden Maschinen zu einem Stillstand. Eines erregten Schmelzofens Bild düsterte in der Dämmerung, von der eilenden, unendlichen Bahn der Fäden stäubten die Fasern, die Splinter, den entschwindenden Sonnenstrahlen Widerschein geritzte langende, schmutzige Teppiche über die Mädchen, über die Maschinen. . . .

Maria besaunte ihre Gefährten, die sich drehenden Maschinen, des Abends sanftes Herabfallen, die über den Maschinen schwebenden Staubfäden, doch ihr gaffendes Staunen hatte kein Ziel, keinen Gegenstand, keine Grenzen, ihr Bild flatterte wie ein träger Falter hierher und dorthin, sie rang bloß mit ihrer Müdigkeit, herzloser Schmerz belemmte ihren Kopf, ihren Nacken, ihren Rücken, in den Höhlen ihres Gehirns bösen schlafende Gedanken, bloß des gewaltig geraubten Augenblicks freute sie sich.

Die Ketten der Webmaschinen erkitterten, die Räder, die sich drehenden eisernen Bestandteile bröhnten mit höllischem Lärm. — Maria schauerte aus der mühsigen Kluft auf, ihre gelernte Hand fuhr, gleich den übrigen Armen, auf Teilen der Maschine, zu den Hebeln hin, die flinken Strahlen der Fäden schwirren in der Tiefe, in der Höhe.

In Marias Gehirn regte sich der Gedanke: aufgeben auf die Maschine, aufgeben auf die Maschine.

Es summte, surrte die Maschine, der frühe Winterabend lanerte bereits mit seiner Dunkelheit vor den Fenstern, Maria bückte sich mit ihren erschlafften Hüften, mit ihrem schmerzenden Rücken, mit ihren eisenschweren Händen, drehte sich klein, schuftete im Takt der Maschine und diene demütig, aber ihr flatterndes, trotziges Denken lehnte immer wieder zu dem eigenen Gedanken zurück. . . .

An die Winterabende dachte sie, an warme Stuben, wo sich jetzt andere Mädchen versammeln, plaudern, lachen, junge Arbeiter ihnen schön tun, am Ende des Saales steht ein Klavier, Musik wird gemacht, lächelnd, freundlich wird auch sie zum Tanz aufgefordert, die Luft ist duftig, die Paare drehen sich, der Walzer unspielt, unweicht sie, wie der milde Wind, wenn sie zum Maifest ging.

Gerne wird sie umarmt, man küßelt ihr ins Ohr und sie muß über die Schalkheiten lachen, die von den Männern erbracht werden, der Tanz wagt, sie schwebt am Arm ihres Tänzers, man sagt ihr schöne Dinge, und sie ist ein Mädchen wie die anderen, die nicht in die Fabrik gehen müssen, man kümmert sich um sie, hört gerne ihre Worte, sie gibt einem Burschen Blumen, er dankt erfreut. . . .

Die Maschine schnalzt laut, Ketten, Riemen, Arme, Räder klirren bröhnend. . . .

Maria schreckt auf, mit kraftlos kräftiger Hand zerrt sie die sich auflösende Ordnung der Maschine in den regelmäßigen Tanz zurück, auf ihren Kopf, auf ihre Schultern wuchten schwere Gewichte nieder und sie leucht:

„Aufgeben auf die Maschine — Aufgeben auf die Maschine.“

Es ist Abend, die geizigen Kerzenlampen brannten noch nicht, Maria bediente gehorsam die Maschine, bückte sich, wandte sich zur Seite, rälzte sich zum Stopp der Maschine auf, ihre längelnden Finger brachten die Fäden in Ordnung, sie kratzte ihren Rücken, ihre weisshäutigen Arme, damit die Müdigkeit sie nicht von dem Bänken werfe, die Maschine ratterte, des Mädchens geschwächtes Gehirn ließ gefasertes Wilder ausperlen. . . .

Ins Gesicht blies ihr der Tänzer Atem. . . .

Die Maschine bäumt sich klirrend auf. . . .

An Marias kleinen Brüsten schauerte des starken Mannes Wärme. . . .

Eisenbänder, Eisenklängen, Eisenstangen gelstet ineinander. . . .

Maria stieß die Maschine mit einer wilden Bewegung in das hinterfüge Klattern zurück. . . .

Ein Rieb umschloß ihre Ohren und in die Augen fraßte ihr das Schönton eines Männerangenspaars. . . .

An den Stahlringgewoiden der Maschine zerrte ein Kampf, sie röhelte auf. . . .

Den Duft der Sehnsüchte im Sklavenherzen röhelte auch Maria auf, stierte verblüfft die Maschine an, die mit ihren angeschlachten Formen, dem breiten Kopf, den schaukelnden Armen, dem aufgedunsenen großen Bauch in der schmierigen Dunkelheit prahlte.

Marias gehegte Gedanken, stehende Traumberuntenheit flatterten immer wieder zu den Freuden der Sehnsucht zurück, aber die Maschine ließ sie nicht los, wimmerte, klirrte sie mit tyrannischer Willkür an. . . .

Maria schlug hakenlober mit ihren beiden schwachen Händen auf die Maschine. . . .

Die Maschine blühte auf, aus ihrem dunklen Leib schoß ein breiter Lichtkeil hervor, streckte sich in die Länge und traf wie ein schwerer Geißelstiel Marias verschredten armenigen Leib. . . .

Maria griff verwirrt nach den Kurbeln und bediente schmerzleidend die Maschine weiter.

Delgetränk gegen Erschöpfung und Müdigkeit

Schlage einen Teelöffel Olivenöl mit ebensoviel Zitronensaft und etwas Salz. Sobald die Emulsion fertig ist, gieße man langsam unter Rühren eine Tasse kochendes Wasser hinein, trinke es warm und langsam.